Ostland

Halbmonatsschrift für den gesamten Osten

Verlag Bund Deutscher Osten E. V., Berlin W 30, Motzstraße 46. Fernruf B 5, Barbarossa 0914. Postscheckkonto Berlin 65839 — Verantwortl. für die Schriftleitung: Dr. Otto Kredel, Bln.-Friedenau, Illstr. 2 Druck: Druckhaus Spandau, Inh. Rudolf Schmidt, Seegefelder Str. 35 — Erscheint monatl. zweimal. — Postbezug vierteljährlich RM. 0,90 — Einzelnummer RM. 0.20 und RM. 0,05 Postgebühr. — Anzeigenpreisliste 2 — J. v. W. g.

Nr. 2 | Berlin, den 15. Januar 1936 | 17. Jahrgang

Der litauische Haken

Vor einigen Jahren hat Marschall Pilsudski den litauisch-polnischen Konflikt durch einen diplomatischen Ueberfall zu lösen versucht. Er stellte in Genf den auf solche Frage nicht vorbereiteten litauischen Außenminister knapp und klar vor die Wahl: „Was wollen Sie also, Herr Woldemaras, Krieg oder Frieden?" Der schlaue Litauer wählte natürlich den Frieden. Aber es blieb schließlich doch alles beim Alten: Die Verhandlungen, die den im ersten Schreck versprochenen Frieden durch die Aufnahme wirtschaftlicher Beziehungen zwischen Litauen und Polen verwirklichen sollten, verliefen im Sande. So ist es immer gewesen: Vor jeder Drohung Polens verkriechen sich die Kauener Regierungsleute hinter dem schützenden Rücken eines stärkeren Gönners, und jedem Annäherungsversuch gehen sie, mißtrauisch gegen Polen und — gegen sich selbst, aus dem Wege. Es ist Polen weder im Guten noch im Bösen gelungen, mit seinem kleinen Nachbarn in ein geordnetes Verhältnis zu kommen; und seine wiederholten Vorstöße ins Baltikum sind, ehe sie an die diplomatische Sperrmauer Moskaus herankommen konnten, immer wieder am litauischen Haken hängen geblieben. Man kann es verstehen, daß diese dauernden Mißerfolge in Polen allmählich eine gereizte Stimmung gegenüber Litauen hervorrufen müssen, und das um so mehr, als man in Polen im Grunde davon überzeugt ist, daß dieser Staat, der so viele Schwierigkeiten bereitet, überhaupt keine Existenzberechtigung hat.

Die polnische Gereiztheit hat sich in letzter Zeit in einer Reihe auffällig aggressiver Kundgebungen gegen den litauischen Nachbarn geäußert. Den aktuellen Anlaß hierzu haben die Enthüllungen über die Zusammenhänge zwischen den ukrainischen Nationalisten und den Kauener Regierungsstellen und verschiedene gegen die polnische Volksgruppe in Litauen gerichtete Maßnahmen gegeben. Bei einer litauenfeindlichen Kundgebung, die am 5. Januar in Wilna stattfand, bedienten sich die polnischen Redner einer recht kräftigen Sprache. Der Vorsitzende der nordostpolnischen Zweiggruppe des Verbandes der polnischen Frontkämpfervereine, General Osikowski, erklärte dabei u. a.: „Der Grenzkordon wird uns nicht von unseren Brüdern in Litauen trennen. Wir sind bei ihnen in jeder Gefahr; und diejenigen irren sich, die da glauben, daß den Polen in Litauen niemand beistehen werde. Die Litauer müssen endlich begreifen, daß die polnische Volksgemeinschaft imstande sein wird, sie zur Achtung des Polentums ihres Landes zu zwingen, — wie sie die Litauer einst aus Wilna hinausgejagt hat." Das „Slowo" forderte in seinem Bericht über die Kundgebung die polnische Regierung zu Vergeltungsmaßnahmen gegen Litauen auf: Den Litauern in Polen dürfe man keine bessere Behandlung als den Polen in Litauen zuteil werden lassen; und wenn in Litauen ein „Verband für die Befreiung Wilnas" bestehe, so müsse auf der anderen Seite des Grenzkordons ein „Verband für die Angliederung des Kownoer Landes an Polen" entstehen.

Die Kundgebung sollte eine Warnung an Litauen sein; die scharfen Worte, die bei dieser Gelegenheit fielen, entsprangen nicht einer vorübergehenden Erregung der Redner, sondern waren eine wohlüberlegte Demonstration. Es ist freilich wenig wahrscheinlich, daß die Wilnaer Reden und Entschließungen in Kauen einen nachhaltigen Eindruck hervorrufen werden. Polen hat nichts, womit es Litauen wirksam unter Druck setzen könnte. Eine militärische Aktion, die allein geeignet wäre, den polnischen Wünschen den gehörigen Nachdruck zu geben, kommt nicht in Frage; denn hinter Litauen steht die Sowjetunion. Deren Einfluß auf die in Litauen regierenden Kreise ist stärker, als man gemeinhin vermutet. Man darf nicht vergessen, daß der größere Teil der im heutigen Litauen maßgebenden Intelligenz früher in russischer Umgebung gelebt, sich deren Sprache bedient, sich deren Wesen und Gewohnheiten angepaßt und Rußland verlassen hat, ohne im allgemeinen Feindschaft gegen dessen Bewohner und neue Machthaber zu hegen. So ist — ganz abgesehen von der leicht begreiflichen Sympathie der litauischen Juden für die Sowjetunion — für Litauen die Grundlage eines freundschaftlichen Zusammengehens mit Moskau gegeben. Dazu kommen Ueberlegungen politischer Art. Hierüber hat sich vor kurzem der bisherige Kauener Vertreter des „Kurier Poranny" etwa folgendermaßen geäußert: Die sowjetrussische Diplomatie habe in Litauen sehr geschickt zu arbeiten verstanden. Die Sympathien für die Sowjetunion seien in Litauen so stark, daß dort sehr viele Leute (und zwar nicht nur die Kommunisten) die Ansicht verträten, daß es eigentlich am besten für Litauen sei, wenn es sich kurzerhand der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken anschließe. Dabei gingen diese Leute von der Auffassung aus, daß Litauen sich als selbständiger Staat auf die Dauer vielleicht doch nicht zu halten vermöchte, und daß es sich in einem solchen Falle an denjenigen der größeren Staaten anschließen müsse, von dem es in bezug auf seine nationale Eigenart das größte Entgegenkommen zu gewärtigen habe. Das aber wäre nach der Meinung dieser Leute weder Deutschland noch Polen, sondern ausgerechnet die Sowjetunion.

Das soll natürlich nicht heißen, daß die Frage eines Anschlusses Litauens an die Sowjetunion schon heute eine aktuelle Angelegenheit ist. Doch wird die gedankliche Reserve, die jeder litauischen, ebenso gegen Deutschland wie gegen Polen gerichteten Politik innewohnt, hier zweifellos richtig charakterisiert. Die litauische Unterdrückung des Memelgebietes ist ebenso wie der litauische Anspruch auf Wilna nicht eine bloße Angelegenheit Litauens, sondern zugleich auch eine Aeußerung der sowjetrussischen Diplomatie. Das litauisch-polnische Verhältnis hat von jeher im Schatten Moskaus gestanden. Seit dem Friedensschluß von 1920, in dem die Sowjetunion Litauen im Besitze Wilnas bestätigte, hat sich daran nicht das geringste geändert. Selbst der polnisch-russische Nichtangriffspakt von 1932 hat hierin keinen Wandel geschaffen. Ob das Verhältnis zu Polen freundschaftlich oder feindselig ist, — Moskau denkt gar nicht

daran, die litauische Karte, die ihm die territoriale Entwicklung der Nachkriegszeit in die Hand gegeben hat, aus dem Spiel zu entfernen. Es liegt nicht in seinem Interesse, daß Litauen sich mit Polen versöhnt; und es duldet nicht, daß Polen seine litauischen Pläne verwirklicht.

Unter diesen Umständen wird man den starken Worten, die auf der Wilnaer Kundgebung gebraucht wurden, kaum eine praktische, wohl aber eine stimmungsmäßige Bedeutung beimessen können. Die Periode der litauisch-polnischen Annäherungsversuche, die Marschall Pilsudski vor etwa zwei Jahren begann, kann man mit der Wilnaer Kundgebung als vorläufig abgeschlossen betrachten. Der bisherige Vertreter des „Kurjer Poranny" in Kauen hat gleichsam einen Schlußstrich unter diese Periode erfolgloser Bemühungen gezogen, wenn er seine Kauener Korrespondententätigkeit mit folgender Feststellung abschließt: Keine litauische Regierung, die Wert auf die litauische Bevölkerung legt, werde normale Beziehungen zu Polen herstellen, solange Polen ihr nicht territoriale Zugeständnisse, wenn auch nur in kleinem Umfange, mache. Da das aber nicht zu erwarten sei, sei das Problem einer Normalisierung der litauisch-polnischen Beziehungen gegenwärtig eine hoffnungslos verfahrene Sache. Polen hat vorerst wieder einmal seine baltischen Pläne am litauischen Haken aufhängen müssen. Dr. K.

Führer und Volksvertretung in Litauen

Die litauischen Regierungskreise feiern in Anton Smetona den „Führer des Volkes", und der 17. Dezember 1926 lebt in der Vorstellung dieser Kreise als der historisch bedeutsame Tag, an dem Smetona und „seine Getreuen" in Uebereinstimmung mit dem „Willen des Volkes" die Mißwirtschaft des Parlaments überwanden. In Wirklichkeit aber spielte der Wille des Volkes bei diesem Staatsstreich überhaupt keine Rolle. In Wirklichkeit riß damals eine verschwindend kleine Minderheit die Macht im Staate an sich. Die Umstände, unter denen Smetona im Jahre 1926 zum Staatspräsidenten gewählt wurde, waren bezeichnend: Von den 85 Abgeordneten des litauischen Sejm waren 50 ins Ausland geflohen oder hielten sich sonstwie verborgen; von den restlichen 35 enthielt sich ein großer Teil bei der Wahl des Staatspräsidenten der Stimme. So kam die verfassungsmäßig notwendige Mehrheit zustande. Fünf Jahre später nahm man, um die Wiederwahl Smetonas sicherzustellen, seine Zuflucht zu einem nicht minder charakteristischen Mittel: Es wurden 500 „Vertrauensmänner" gewählt, aber nicht durch die Bevölkerung, sondern durch die Stadt- und Gemeinderäte, die ihre Kandidaten aus Listen auswählen mußten, die der Polizei und Verwaltung vorher zur Genehmigung vorgelegt worden waren. Von den so gesiebten Vertrauensleuten wurde Smetona dann natürlich einstimmig wiedergewählt. Das Volk aber hatte damit wenig zu tun.

Smetona hat sich vor kurzem auf einer Tagung der Tautininkai in Kauen in ziemlich unklaren Andeutungen über die Ausgestaltung des künftigen Regierungssystems in Litauen geäußert. „Die Regierung", sagte er u. a., „bereitet ein Gesetz zur Wahl einer Volksvertretung vor unter Berücksichtigung unserer Struktur und der politischen Daseinsbedingungen unseres Landes, ohne Rücksicht auf irgendeine fremde Doktrin. Sie will die Fehler des alten Sejmwahlgesetzes vermeiden." Smetona gab dann seine Meinung über Führer und Volksvertretung zum Besten: „Führer sind bei Regimes aller Art erforderlich, bei parlamentarischen wie bei autoritären Regierungen, in Monarchien wie in Republiken . . . Auch die Nationen stellen wir uns mehr nach ihren großen Persönlichkeiten vor, die durch Wissenschaft, Kunst und Technik, im Kriege und im Frieden hervorgetreten sind . . . In der Geschichte der Menschheit, in ihrer Kultur bedeuten die Führer, wenn auch nicht alles, so doch sehr viel . . ." Neben den Führern aber müsse es auch Volksvertretungen geben: „Ich möchte", sagte er, „nicht so verstanden werden, als ob nur einzelne Persönlichkeiten notwendig seien, um ein Land zu regieren, während Volksvertretungen nicht notwendig seien. Im Gegenteil: ohne diese ist die Verwaltung eines Landes schwer denkbar oder gar völlig undenkbar . . ." Das sind einige allgemeine Redensarten, die eine Entscheidung weder nach der einen, noch nach der anderen Seite erkennen lassen. Die größte Schwierigkeit, in Litauen eine arbeitsfähige Volksvertretung zu bilden, besteht in dem Fehlen einer Bevölkerungsschicht, die mit Wissen und Fähigkeiten auch einen ausreichenden Grad von Verantwortungsbewußtsein verbindet. „Die Heranbildung einer solchen Schicht", sagte Smetona hierüber, „stellt eine sehr große Aufgabe dar. Mancher wird sich fragen: Warum denn? Man hört doch dauernd davon, daß es unmöglich ist, den Ueberschuß an intelligenten Kräften unterzubringen. Das ist ein Mißverständnis. An intelligenten Kräften, die fähig sind, verantwortungsvolle, führende nationale Arbeit zu leisten, mangelt es uns noch immer. Oder können wir schon diejenigen als hierzu geeignet bezeichnen, die einige Klassen des Gymnasiums durchgemacht haben, ein intelligentes Großtun zur Schau tragen, aber nicht die genügende Vorbereitung besitzen, um eine ernste Arbeit vollbringen zu können? An solchen Personen ist wirklich ein Ueberfluß vorhanden. Auf der Suche nach Stellen laufen sie die Türen der Behörden ein. Sie möchten durchaus Beamte werden. Es wäre für sie aber besser, wenn sie ein Handwerk erlernten und ausübten. Das würde unserm Lande auch mehr Nutzen einbringen."

Smetona hat hier zweifellos den wundesten Punkt des litauischen Staats- und Volkslebens berührt. Die in Litauen vorhandene Intelligenzschicht ist dünn. Die bodenständige Intelligenz hat sich, soweit sie überhaupt vorhanden ist, im öffentlichen Leben nicht durchsetzen können. Die Intelligenz aber, die sich durchgesetzt und den Staat mit Beschlag belegt hat, besitzt keine Verbindung mit den breiten bäuerlichen Bevölkerungsschichten. Diese maßgebende Oberschicht, die nach dem Zusammenbruch aus allen Teilen des weiten russischen Reiches auf litauischem Boden zusammengeweht worden ist und in Verbindung mit dem gesellschaftlich und geistig einflußreichen Element des städtischen, bauernfremden Judentums steht, hindert das Hochkommen und vergiftet die Entwicklung einer bodenständigen Intelligenz, die sich in organischem Wachstum zu einer Führerschicht der Bauern heranbilden könnte, deren Masse noch in der Dumpfheit früherer Leibeigenschaft lebt und zu dem heutigen Staate kaum mehr innere Beziehungen als zum früheren zaristischen Reiche besitzt.

Es ist begreiflich, daß die regierende Oberschicht und deren mitlaufende Karrieremacher sich scheuen, sich in einer allgemeinen Wahl der Kritik der Bevölkerung auszusetzen. Wenn schon eine neue Volksvertretung gewählt werden soll, dann wahrscheinlich nach einer Methode, die mehr oder weniger derjenigen der letzten polnischen Sejm- und Senatswahlen oder derjenigen ähnelt, die bei der Wiederwahl Smetonas im Jahre 1931 angewandt wurde. Smetona hat sich zu der Frage, wann die Wahlen stattfinden könnten, sehr unklar geäußert: „Diese Frage", meinte er, „kann nicht nach dem Kalender beantwortet werden, sondern nur dann, wenn der geeignete Zeitpunkt gekommen sein wird." Gegenwärtig, fuhr er fort, könnten verschiedene fremde Staaten in einem kleinen Staate wie Litauen durch moderne Mittel den Gang der Wahlhandlung beeinflussen; das habe die letzte Wahl zum Memellandtag gezeigt. Smetona nimmt also wie stets, wenn ihm und den Seinen die passenden innerpolitischen Argumente ausgehen, seine Zuflucht zu außenpolitischen „Gründen": Deutschland und Polen sollen schuld sein, daß sich die litauische Regierung dem Volke nicht zur Wahl stellen kann. Smetona merkt wohl gar nicht, wie offen er damit die Fragwürdigkeit und Brüchigkeit seiner vielgerühmten Position als „Führer des Volkes" zugibt!

Einige Bemerkungen zur Ukrainerpolitik Polens

Nach der polnischen Volkszählung gibt es in Polen insgesamt etwa 4,5 Millionen Ukrainer. Sie sitzen in den Wojewodschaften Lemberg, Tarnopol, Stanislau, Wolhynien und Polesien, wo sie den überwiegenden Teil der Bevölkerung stellen; und sie reichen mit größeren Ausläufern ihres Siedlungsgebietes in die Wojewodschaften Lublin, Bialystok und Krakau hinein. Die Ukrainer selbst geben die Zahl ihrer in Polen ansässigen Volkszugehörigen mit etwa 7 Millionen Seelen an. Das ist über ein Fünftel der Gesamtbevölkerung Polens. Das von einer ukrainischen Mehrheit bewohnte Gebiet nimmt ein reichliches Viertel der polnischen Staatsfläche ein. Obwohl nun dieses Gebiet, das den nordwestlichen Teil des weitgedehnten ukrainischen Volksbodens bildet, im wesentlichen eine räumliche Einheit darstellt, werden die dort wohnenden Ukrainer von den Polen doch niemals als eine Einheit behandelt. Es ist vielmehr eine sehr bezeichnende Erscheinung der polnischen Ukrainerpolitik, daß sie grundsätzlich und betont die Ukrainer in Galizien von denjenigen in den nördlich anschließenden Wojewodschaften Wolhynien und Polesien, Bialystok und Lublin unterscheidet. Die Absicht, die mit dieser sich auf allen Gebieten der Politik und Verwaltung bemerkbar machenden Unterscheidung verfolgt wird, liegt auf der Hand: 2 × 3 Millionen lassen sich leichter niederhalten als 1 × 6 Millionen. Polen hat ein dringendes Interesse daran, eine einheitlich gerichtete und geführte politische Willensbildung der Ukrainer seines Staates zu verhindern. Sorgsam und mißtrauisch wird jeder Versuch der galizischen Ukrainer, ihre nationale Arbeit zu den Volksgenossen der anderen Landesteile hinüberzutragen, verhindert. Dem in Galizien hoch entwickelten ukrainischen Genossenschaftswesen, das dort den stärksten Rückhalt der ukrainischen Bewegung bildet, wird durch die polnische Verwaltungspraxis ein Uebergreifen in das benachbarte Wolhynien unmöglich gemacht. Für die breite volksverbundene Intelligenzschicht der galizischen Ukrainer besteht in den anderen ukrainischen Gebieten Polens zwar nicht formell, aber praktisch eine Art Niederlassungsverbot. In der polnischen Ukrainerpolitik bestehen die alten staatlichen Grenzen zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland noch heute. (Uebrigens verfahren die Polen auch in Galizien selber nach dem Teilungsprinzip: Indem sie gewisse stammliche Besonderheiten der Huzulen, Lemken und Boiken ausnutzen, versuchen sie auch dort, die nationale Geschlossenheit der Ukrainer zu sprengen.)

Diesem polnischen Streben kommen mehrere Umstände zu Hilfe. Zunächst ist zu bemerken, daß sich von Przemysl über Lemberg nach Tarnopol in das sonst geschlossene ukrainische Wohngebiet ein schmaler, lockerer Gebietsstreifen einschiebt, der stark polnisch durchsetzt ist und z. T. eine polnische Mehrheit aufweist. Wichtiger aber ist folgender Umstand: Die Ukrainer in Wolhynien und Polesien (von denen im podlachischen Süden der Wojewodschaft Bialystok und im cholmländischen Osten der Wojewodschaft Lublin gilt jeweils dasselbe) wurden von dem nationalen Erwachen und der politisch-kulturellen Entwicklung, die die Ukrainer in Galizien und in der heutigen Sowjetunion während des 19. Jahrhunderts durchmachten, nur wenig berührt. Ihr nationales Bewußtsein ist im allgemeinen erst schwach entwickelt. Es ist hierfür bezeichnend, daß bei der polnischen Volkszählung in der Wojewodschaft Polesien weit über die Hälfte der Bewohner weder als Polen, noch als Juden, noch als Ukrainer, noch als Weißrussen, sondern als „Hiesige" gezählt wurden, also — wie das die Polen gerne bezeichnen — als „ethnographisches Rohmaterial". Dem Genossenschaftswesen der galizischen Ukrainer haben diejenigen in Wolhynien usw. nichts Gleichwertiges an die Seite zu stellen; es gibt wohl auch dort Genossenschaften für die ukrainischen Bauern, aber sie stehen z. T. unter polnischer Leitung und kommen als organisatorisches Rückgrat einer nationalen ukrainischen Wirtschaft nicht in Betracht. Volksschulen mit ukrainischer Unterrichtssprache gibt es in Polesien überhaupt nicht. In Wolhynien gibt es keine rein ukrainischen, sondern nur utraquistische Volksschulen für die ukrainischen Kinder. Das private ukrainische Schulwesen ist in beiden Wojewodschaften nur dürftig entwickelt. Es fehlt den dortigen Ukrainern eine volksbewußte und nationalaktive Intelligenz. In den wolhynischen und polesischen Städten spielt das Ukrainertum gegenüber den Juden und Polen kaum eine Rolle, während in Galizien der Verstädterungs- und soziale Differenzierungsprozeß unter den Ukrainern zwar langsame, aber beständige Fortschritte macht.

Ein schwer ins Gewicht fallender Unterschied besteht zwischen den Ukrainern diesseits und jenseits der alten Staatsgrenzen auch in konfessioneller Beziehung. In Galizien hat sich unter österreichischer Herrschaft die griechisch-katholische Kirche als konfessionell maßgebende Einrichtung der Ukrainer erhalten. Dagegen wird das konfessionelle Leben der Ukrainer des ehemaligen russischen Reiches seit der gewaltsamen Niederwerfung der Uniaten durch den Zarismus durch die griechisch-orthodoxe Kirche bestimmt; und diese befindet sich seit dem Zusammenbruch der russischen Orthodoxie in Abhängigkeit vom polnischen Staat. Die Kirche, die in Galizien eine von starkem nationalen Leben durchdrungene Einrichtung ist, gibt den Ukrainern in Wolhynien usw. also keinen unbedingt verläßlichen Rückhalt. So stehen die dortigen Ukrainer, ohne wirtschaftliches und kulturelles Organisationswesen und ohne Intelligenzschicht, die dieses zu tragen vermöchte, dem völkischen Angriff des Polentums ziemlich wehrlos gegenüber. Was sie diesem Angriff entgegensetzen können, das ist in der Hauptsache ihr passives Beharrungsvermögen, das sie davor bewahrt, aus „Hiesigen" zu falschen Polen zu werden, und sie in nicht seltenen Fällen sogar befähigt, aus zugewanderten Polen „Hiesige" zu machen.

Auch ein eigenes Parteiwesen, wie es bei ihren galizischen Volksgenossen besteht, haben sie nicht herausbilden können. Die in Galizien tätigen ukrainischen Parteien, wie z. B. die Undo, haben sich auf wolhynischem oder polesischem Boden nicht zu entfalten vermocht. Bei den Gemeindewahlen von 1934 und den Sejmwahlen von 1935 hat man von einem „polesischen Wunder" gesprochen: Es wurden in dieser Wojewodschaft, für die die polnische Volkszählung nur etwa 10 v. H. Polen ausweist, ausschließlich Kandidaten der polnischen Regierungsliste gewählt. Es scheint also, als hätte der Wojewode Kostek-Biernacki in seinem Amtsbereich ganze Arbeit geleistet. Aber es scheint eben nur so. Und auch im Amtsbereich des Lucker Wojewoden Jozewski scheint es nur so. Diese beiden Verwaltungsbeamten haben es ausgezeichnet verstanden, „Wahlen zu machen" und die Entwicklung eines legalen ukrainischen Parteiwesens niederzuhalten. Aber letzten Endes ist die Folge ihrer Verwaltungskunst nur das Fehlen einer national-ukrainischen Parteiorganisation, nicht aber die Bejahung des polnischen Staates durch die Ukrainer. Die politische Organisation der Wolhynischen Ukrainer, die WUO, ist eine Schöpfung des Wojewoden Jozewski. Dieser rühmt sich der gelungenen Verständigung mit „seinen" Ukrainern. Eine Verständigung kann es jedoch nur zwischen zwei einigermaßen gleichwertigen Partnern geben. Im Falle Wolhynien aber ist ein selbständiger ukrainischer Partner überhaupt nicht vorhanden. Jozewski hat sich vielmehr aus einer Gruppe gefügiger und halbpolonisierter Ukrainer, an deren Spitze der Abgeordnete und frühere Petljuraanhänger Pewny steht, den Gegenspieler für seine „Verständigungspolitik" selber geschaffen. Der Krakauer „Czas", der sich vor kurzem mit den Methoden der Nationalitätenpolitik Jozewskis kritisch auseinandersetzte, hat wahrscheinlich recht, wenn er von Pewny und dessen Kreise sagt, sie seien keine Bundesgenossen Polens, sondern Interessenten der polnischen Politik. Diese „Gegenspieler" des Wojewoden sind schwerlich als die Repräsentanten einer politischen Bewegung anzusprechen, die sich auf

die Gefolgschaft der ukrainischen Bevölkerung Wolhyniens gründet. Der „Czas“ wirft Jozewski vor, er habe durch seine Politik keine Verständigung mit den Ukrainern erreicht, sondern die wirklichen Verhältnisse verschleiert; und er habe dadurch, daß er die Entwicklung selbständiger ukrainischer Parteien verhindert hat, die Ausbreitung illegaler politischer Gruppen gefördert. Diese Auffassung wird durch die nicht abreißende Kette von politischen Terrorakten und Prozessen, die sich am Rande der Jozewskischen „Verständigungspolitik“ abspielen, bestätigt. Der „Czas“ ist der Auffassung, daß eine Politik, wie sie in Wolhynien, aber auch in Polesien gegenüber den Ukrainern getrieben wird, keine Lösung des Problems, sondern eine politische Illusion ist. Er steht mit dieser Auffassung in Polen nicht allein.

Dr. K.

Das Danziger Statut

Der Chefredakteur des Wilnaer „Slowo“ veröffentlichte kürzlich einen Artikel, der zwar weit davon entfernt ist, die landläufige polnische Einstellung zu Danzig wiederzugeben, aber durch die grundsätzliche Art, in der er das Problem der Danzig-polnischen Beziehungen anfaßt, bemerkenswert ist. Mackiewicz glaubt eine Lösung dieses Problems in der Erfüllung der folgenden Forderungen zu sehen:

1. Die Intervention des Völkerbundes in Danziger Fragen wäre zu beseitigen, der Vertreter des Völkerbundes aus Danzig zu entfernen und die heutige internationale Struktur dieser Stadt zu ändern.

2. Der Freien Stadt wäre ein Höchstmaß an politischer Unabhängigkeit zu sichern; Polen müßte auf einige politische Rechte verzichten, die ihm in Danzig zustehen, von denen es aber keine politischen Vorteile hat.

3. Aus Danzig und Polen müßte ein Zollgebiet ohne jegliche Beschränkungen geschaffen werden; man würde dadurch Danzig mit Polen wirtschaftlich verbinden, wobei freilich die Zusammenarbeit der beiden Währungen notwendig wäre.

4. Einem Gericht Norwegens oder der juristischen Fakultät in Oslo müßte die Entscheidung über abweichende Interpretationen des Danzig-polnischen Uebereinkommens übertragen werden.

Diese Vorschläge sind insofern interessant, als sie von einer klaren Scheidung einerseits der wirtschaftlichen und andererseits der völkisch-politischen Beziehungen zwischen Danzig und Polen ausgehen. „Wirtschaftlich“, sagt Mackiewicz hierzu, „müßte Polen in Danzig auf festen Füßen stehen; das würde beiden Teilen zum Vorteil gereichen. Wir sollten aber nicht danach trachten, Danzig politisch zu beherrschen, sondern im Gegenteil die Danziger sich selbst überlassen . . . Wenn gesagt wird, daß Danzig wirtschaftlich zu Polen gehöre, und daß es ein Unsinn sei, daß man dort am Deutschtum festhalte, so ist dies insofern richtig, als das Festhalten am Deutschtum ein wirtschaftlicher Unsinn (?!) ist. Aber der alte Marx hat sich in seiner These vom geschichtlichen Materialismus geirrt, und gerade Danzig und vielleicht auch Wilna sind die krassesten Beweise dafür, daß die These, nach welcher wirtschaftliche Rücksichten die Politik diktieren, nicht stimmt. Denn Danzig, dessen Wirtschaftsinteressen samt und sonders an Polen gefesselt sind, will um nichts in der Welt ‚polnisch‘ sein, während Wilna, das heute wirtschaftlich im Absterben begriffen ist, um jeden Preis polnisch sein will.“

Die Vorschläge Mackiewiczs laufen in erster Linie auf eine Ausschaltung des Völkerbundes aus der Behandlung der Danziger Fragen hinaus. Daß ein solcher Wunsch von polnischer Seite geäußert wird, ist verständlich. Man hat in Polen in der Zwischenschaltung des Völkerbundes immer ein Hindernis für die Durchführung der gegen Danzig gerichteten Pläne gesehen, — wie man ja auch den Minderheitenschutzvertrag als eine lästige internationale Einmischung in das Verhältnis Polens zu seinen fremden Volksgruppen von jeher bekämpft hat, ohne sich freilich in der Durchführung der gegen die Volksgruppen gerichteten Politik durch die Existenz dieses Vertrages allzu sehr beeinflussen zu lassen. Man kann nicht behaupten, daß der Völkerbund seine ihm im Statut auferlegten Verpflichtungen gegenüber der Freien Stadt mit besonderem Eifer oder besonderem Erfolge erfüllt hat. Aber darauf allein kommt es bei der Beurteilung des von Mackiewicz gemachten Vorschlages nicht an. Die Tatsache, daß Polen die Zwischenschaltung des Völkerbundes stets als eine Behinderung seiner weitgehenden Danziger Pläne empfunden und hin und wieder auch in verschiedenen Einzelfragen praktisch zu fühlen bekommen hat, ist für Danzig als ein Positivum des gegenwärtigen Statutes zu buchen. Außerdem sind mit dem Statut gewisse Danziger Grundrechte gegenüber Polen verbunden, die von diesem zwar trotz des Statutes dauernd verletzt worden sind, die Danzig aber eine, wenn auch nur schwache moralische Rückendeckung und politische Reservestellung gewähren. Es sei z. B. daran erinnert, daß im Danzig-polnischen Hafenabkommen von 1933 ausdrücklich der Vorbehalt gemacht worden ist, daß der sich aus dem Statut ergebende grundsätzliche Anspruch der Freien Stadt auf volle Ausnutzung des Danziger Hafens durch Polen in keiner Weise berührt wird. Die Aufhebung des Statutes würde, soweit das Verhältnis zwischen Danzig und Polen in Frage kommt, zunächst einmal eine größere Bewegungsfreiheit Polens gegenüber Danzig bedeuten. (Daß die Freie Stadt durch die Entfernung des Völkerbundskommissars von gewissen Versuchen einer Beeinträchtigung ihrer inneren Bewegungsfreiheit erlöst werden würde, steht auf einem anderen Blatt.) Grundsätzlich muß zu dem Vorschlag Mackiewiczs festgestellt werden, daß angesichts des Kräfteverhältnisses zwischen Danzig und Polen und angesichts der unleugbaren Absichten Polens, Danzig zu schlucken, die Freie Stadt im Falle einer Aufhebung des gegenwärtigen Statutes eine gewisse vertraglich festgelegte Sicherung ihrer Selbständigkeit von anderer, politisch gewichtiger Seite nicht entbehren könnte (und zwar von einer Seite, die der Freien Stadt eine wirksamere Hilfe gegen polnische Gelüste geben kann und will), — es sei denn, daß Polen auf alle politischen Berechtigungen, die ihm das gegenwärtige Statut eingeräumt hat oder die es sich im Laufe der Zeit durch die Ausübung eines illoyalen Druckes selber angemaßt hat, restlos verzichtet. Hierzu aber kann sich auch Mackiewicz nicht entschließen; er spricht nur sehr undeutlich davon, daß „Polen auf einige politische Rechte verzichten müßte, die ihm in Danzig zustehen, von denen es aber keine Vorteile hat“. Die Vorschläge Mackiewiczs über die Vereinheitlichung des Danzig-polnischen Zollgebietes sind zu unklar, um zu einer Stellungnahme Anlaß zu geben.

Bemerkenswert bleibt an dem Artikel des Wilnaer „Slowo“, daß der Verfasser eine Revision der gegenwärtigen völkerrechtlichen Situation der Freien Stadt Danzig befürwortet und dabei — im Gegensatz zu der in Polen herrschenden Neigung — unter Anerkennung des unveränderlich deutschen Charakters der Stadt eine scharfe Scheidung zwischen dem wirtschaftlichen und dem politischen Sektor der Danzig-polnischen Beziehungen zu machen bemüht ist. Interessant sind auch folgende abschließende Sätze seines Artikels: „Das psychische Verhältnis der Danziger Deutschen zu Polen wird immer vom Verhältnis der Deutschen als Volk zu Polen abhängen. Bei uns (in Polen) ist man sich sehr wenig darüber im Klaren, wie freundschaftlich und wohlwollend augenblicklich dieses Verhältnis ist. Wer es nicht glaubt, der mag nach Deutschland reisen! Er wird dort Dinge feststellen, die weder Ihr noch Eure Väter geträumt haben. Die Nationalsozialisten sind seit 1848 die erste polenfreundliche politische Organisation Deutschlands. Das mag uns gefallen oder nicht gefallen, aber es ist tatsächlich so...“

Das unbekannte Pommerellen

Es ist für das Verhältnis Polens zu Pommerellen einigermaßen bezeichnend, daß die polnische Nachkriegsliteratur keinen regionalen pommerellischen Roman hervorgebracht hat. Mit dieser Frage hat sich der inzwischen eingegangene nationaldemokratische „Kurjer Lwowski" am 15. Dezember auseinandergesetzt. Danach haben in der ersten Zeit nach der Abtrennung des pommerellischen Gebietes vom Deutschen Reich zwei polnische Schriftsteller den Versuch unternommen, das pommerellische Land und seine Bewohner erzählend nachzugestalten. Als erster ist hier Jerzy Bandrowski zu nennen. „Er zeigte", heißt es in dem erwähnten Artikel, „das Leben und die Arbeit der Fischer, drang aber nicht bis zum Wesentlichen ihres Charakters durch." Als zweiter bemühte sich Stefan Balicki, der für seinen Roman („Die neunte Welle") gleichfalls die Küste als Hintergrund nahm und etwas tiefer in die Seele des kaschubischen Fischers eindrang. „Aber auch sein Roman ist noch nicht ein lebendiger Abglanz der pommerellischen Seele". Die Schriften Bandrowskis und Balickis blieben nur ein Versuch, einen pommerellischen Roman zu schaffen, ein Versuch, den niemand mehr fortführte, „als die erste Begeisterung über den Besitz einer eigenen Meeresküste verrauscht war".

Erst vor zwei Jahren sind dann wieder zwei Romane erschienen, die pommerellische Menschen und Milieus zu schildern versuchen. Der eine dieser Romane, „Miechowiec und Sohn" von Adam Grzymala-Siedlecki, spielt in einer kleinen pommerellischen Stadt, aber sein Held, der alte Miechowiec, ist ein aus dem Posenschen stammender Pole, der, wie in dem erwähnten Artikel behauptet wird, hervorragend den polnischen Kaufmannsstand der Westgebiete verkörpert. „Sein ‚pommerellischer Charakter' tritt in einer gewissen äußeren Rauheit in die Erscheinung, wie wir sie z. B. nicht bei den Großpolen finden; aber das ist auch eigentlich alles, was an ihm ‚pommerellisch' ist." Von dem jungen Miechowiec heißt es, daß er keinerlei äußere oder geistige Merkmale eines pommerellischen Menschen aufweise, und von den übrigen, im Roman dargestellten Personen wird festgestellt, sie seien farblose und wertlose Typen. Im ganzen könne der Roman Grzymala-Siedleckis keinen Anspruch darauf erheben, als pommerellischer Roman angesprochen zu werden. Weiter wird ein Roman von Gustawa Jarecka „Alte Sünden" erwähnt. Er spielt gleichfalls in einem pommerellischen Städtchen. „Und damit ist eigentlich der ‚pommerellische Charakter' dieses Romans schon erschöpft ... Ausgesprochen pommerellische Akzente, wenn man von der ziemlich zweifelhaften Authentizität der Mundart absieht, gibt es hier nicht." Der Verfasser des erwähnten Artikels schließt seine Bemerkungen über den (eigentlich nicht vorhandenen) pommerellischen Roman u. a. mit folgenden Worten: „Das Auffallende bei allen hier kurz besprochenen Romanen ist das Fehlen einer tieferen Problematik, die mit Land und Leuten in Zusammenhang steht ..."

Was der Verfasser sonst noch an Romanen erwähnt, für die Pommerellen als Hintergrund herhalten muß, ist politische Sensationsliteratur. Deren offensichtlich deutschfeindliche Tendenz scheint ihm zwar Vergnügen zu machen, aber er schämt sich offenbar doch, diese Spionage-, Kriegs- und Schauergeschichten seiner Leserschaft zu empfehlen. Er erwähnt da einen Roman von Jim Poker, der unter dem Titel „Die Meerfrau" nach der Schwarz-Weiß-Manier Ursprung und Ereignisse eines deutsch-polnischen Zukunftskrieges an die Wand zu malen bemüht ist. Einige Sätze aus der Besprechung seien wiedergegeben: „... Im Herzen Pommerellens befindet sich das Hauptquartier der deutschen Armee mit dem Thronfolger an der Spitze. Dank dem Opfermut einer Polin kommt der Thronfolger in einem Schlosse, das von polnischen Fliegern bombardiert wird, ums Leben. Die Polen gehen zu einem starken Gegenangriff über. Sie siegen ..." Das genügt wohl! Als der einzige polnische Romanschriftsteller, „der ein gründliches Urteil über deutsch-polnische Fragen besitzt", wird von dem Verfasser des Lemberger Artikels Maciej Wierzbinski bezeichnet. In einem seiner Romane bietet er gleichfalls eine „außerordentlich phantastische" Schilderung des kommenden deutsch-polnischen Krieges; schon der Titel verrät die Tendenz: „Der Angriff der Geier". Drei weitere Romane desselben Schriftstellers haben die polnischen Aufstände in Posen, Oberschlesien und Pommerellen (?) zum Gegenstand.

Man kann den Lemberger Artikel über den „pommerellischen Roman" dahin zusammenfassen, daß Pommerellen den Polen (an der Arbeit ihrer Schriftsteller gemessen) noch innerlich fremd und in der Hauptsache ein Anlaß ist, gegen Deutschland zu hetzen. Indem der Artikelschreiber das Versagen der polnischen „schöngeistigen" Literatur in bezug auf Pommerellen bedauert, bestätigt er die eigentlich nicht erstaunliche Tatsache, daß der äußeren Besitzergreifung Pommerellens durch Polen keine innere Besitzergreifung gefolgt ist. Um dem Artikelschreiber für diese interessanten Aufschlüsse zu danken, wurde sein Artikel an dieser Stelle so ausführlich zitiert.

Ostland-Chronik

Unverständliche Aufregung

Der nationaldemokratische „Kurjer Poznanski" hat sich in seiner Nummer vom 11. Januar in einem längeren Leitaufsatz mit dem Artikel in „Ostland", Nr. 1/1936 „Die deutsche Geschichte der Stadt Posen" auseinanderzusetzen versucht. Der „Kurjer" bestreitet zunächst die Richtigkeit der in diesem Artikel gemachten Mitteilungen über einige bezeichnende Momente aus der Geschichte dieser Stadt, was in Anbetracht seiner bekannten Unlust, die Mitwirkung deutscher Aufbaukräfte an der Entwicklung Polens zuzugeben, nicht weiter verwunderlich ist. Dann aber gibt der Posener „Kurjer" dem Ostland-Artikel einen Dreh ins „Hakatistische", den ein weniger in vorgefaßten Meinungen befangener Leser, als der Schreiber des „Kurjer" es ist, schwerlich mitmachen wird. Er findet es besonders anstößig, daß am Schluß des erwähnten Artikels gesagt worden ist: „Wer die Geschichte der Stadt Posen im Wechsel der Jahrhunderte und Jahrtausende sieht, für den schrumpft das Unglück, das ein oder zwei oder auch drei Generationen erlebten, zu einer Episode zusammen." Diese Feststellung, meint der „Kurjer", lasse „an Deutlichkeit und Brutalität wirklich nichts zu wünschen übrig"; sie sei ein Ausdruck der „räuberischen deutschen Eroberungssucht". Derartige grobe Ausdrücke hat der „Kurjer Poznanski" schon zu häufig an unpassender Stelle verschwendet, als daß man sie noch besonders ernst nehmen könnte. Es sei nebenbei bemerkt, daß der Schlußabsatz des „Ostland"-Artikels nicht aus der „Deutschen Schulzeitung in Polen" stammt, auf die sich der Artikel sonst in der Hauptsache stützt.

In der Kritik des „Kurjer" ist es unverständlich, wieso etwas für Polen Beängstigendes in der Feststellung liegen soll, daß bereits einige Jahrhunderte vor dem Eindringen slawischer Völkerschaften ostgermanische Stämme auf dem Gebiete des heutigen Posen gesessen haben, und daß auch nach der Ankunft slawischer Menschen an der Entwicklung dieses Gebietes deutsche Menschen bald mehr, bald weniger entscheidend mitgewirkt haben. Es ist angebracht, an solche Dinge von Zeit zu Zeit zu erinnern, und zwar in der Hauptsache deshalb, weil es immer noch Kreise gibt, die diese deutsche Mitwirkung einfach nicht wahr haben wollen, sei es aus verletzter Eitelkeit, sei es aus anderen Gründen. Beim „Kurjer Poznanski" spielt vielleicht die Tatsache mit, daß er mit einer jener polonisierten deutschen Familien verbunden ist, die sich nicht gern an ihre Herkunft erinnern: Herr Zeitgeber gehört einer jener süddeutschen (Bamberger) Familien an, die, wie in dem kritisierten Artikel

des „Ostland“ erwähnt, vom Posener Magistrat im 18. Jahrhundert in den Posener Kämmereidörfern angesetzt und unter preußischer Herrschaft in der Mitte des 19. Jahrhunderts polonisiert worden sind. — Uebrigens hat die Schriftleitung des „Ostland“ aus dem Artikel des „Kurjer“ zu ihrer Verwunderung entnehmen müssen, daß das von ihr geleitete Blatt „halbamtlichen Charakter“ trägt. Die Schriftleitung hat davon bisher noch keine Kenntnis gehabt.

Eine Erklärung des Polenbundes

Der Hauptvorstand des Bundes der Polen in Deutschland trat am 8. Januar in Berlin zu einer Besprechung zusammen. Er faßte, wie üblich, mehrere Beschlüsse, die sich auf Organisationsfragen und die Lage der polnischen Volkssplitter in Deutschland bezogen. Außerdem veröffentlichte er im „Dziennik Berlinski“ und den anderen, vom Bund abhängigen Blättern eine Erklärung folgenden Inhalts:

Der Hauptvorstand des Bundes der Polen in Deutschland sei nach gründlicher und allseitiger Besprechung der Lage der polnischen Bevölkerung in Deutschland zu der Ueberzeugung gelangt, daß die gegenwärtige Lage geändert werden müsse ... Die amtliche Erklärung, die die Einstellung der Germanisierung ankündigte, sei „durch eine Aenderung der tatsächlichen Verhältnisse nicht unterstützt“ worden. Im Gegenteil, das Verhältnis zur polnischen Minderheit in Deutschland sei „durch die systematische Erschwerung der Pflege der nationalen Eigenart, sowie dadurch, daß man sich der Ausübung selbst der einfachsten nationalen Rechte auf kirchlichem und religiösem, Bildungs- und kulturellem, sozialem und wirtschaftlichem Gebiet ständig entgegenstelle“, verschärft worden. Dann heißt es weiter: Der Vorstand des Polenbundes habe alle Mühe aufgewandt, um die Angelegenheit durch rechtlich begründete Intervention bei den zuständigen Stellen zu regeln, und er habe auch die öffentliche Meinung ständig durch Vermittlung der polnischen Presse in Deutschland unterrichtet. Da diese Aktion nicht das Verständnis einiger Verwaltungsbehörden gefunden habe, erachte es der Hauptvorstand des Polenbundes für notwendig, Schritte zu unternehmen, um dem Führer und Kanzler des Deutschen Reiches, Adolf Hitler, persönlich die Lage der polnischen Bevölkerung in Deutschland darzustellen, sowie die dringendsten Ansprüche vorzutragen.

Der Vorstand des Polenbundes erhebt gegen die für die Behandlung seiner Beschwerden zuständigen Stellen, also vor allem das Reichs- und Preußische Ministerium des Innern, den Vorwurf, daß sie sich der polnischen Volkssplitter in Deutschland nicht in der gebührenden Weise angenommen hätten. Er stützt diesen Vorwurf auf die Behauptung, daß die Lage der polnischen Volkssplitter in Deutschland sich in letzter Zeit in jeder Hinsicht verschlechtert habe, eine Behauptung, die durch die Berichterstattung der Polenbundpresse über das Aufblühen des polnischen Organisationswesens selbst häufig genug widerlegt worden ist. Es scheint, daß der wenig taktvolle Ton dieser Erklärung durch die inneren Schwierigkeiten des Polenbundes, wie sie kürzlich in der „illegalen“ Tagung des schlesischen Landesverbandes zum Ausdruck kamen, mit veranlaßt worden ist. Es ist bezeichnend, daß die Erklärung sofort von der staatspolnischen Presse aufgegriffen und dort je nach Temperament und Geschmack aufgebauscht worden ist. Es wird sich noch Gelegenheit ergeben, auf die Erklärung einzugehen.

Rydz-Smigly nach Paris eingeladen

Nach polnischen Pressemeldungen hat der Chef des französischen Generalstabes, General Gamelin, den Generalinspekteur der polnischen Armee, General Rydz-Smigly, offiziell nach Paris eingeladen. Es ist anzunehmen, daß Rydz-Smigly dieser Einladung, die allgemein als ein beredtes Zeichen für die Besserung der französisch-polnischen Beziehungen angesehen wird, annehmen wird. Der Generalinspekteur gilt als ein Anhänger der engeren Zusammenarbeit mit Frankreich. Die Rede, die er am 27. Dezember gelegentlich der Feier des gegen Deutschland gerichteten Posener Aufstandes gehalten hat, bestätigt indirekt diese politische Charakterisierung. — Der „Ilustrowany Kurjer Codzienne“, der die Nachricht von der bevorstehenden Reise Rydz-Smiglys zuerst brachte, berichtete bei dieser Gelegenheit über die feindselige Haltung der französischen Behörden gegenüber den noch in Frankreich ansässigen polnischen Arbeitern. Bekanntlich hatte die französische Regierung vor einiger Zeit in Warschau mitteilen lassen, daß sie keine polnischen Arbeiter mehr nach Polen abschieben lassen werde. Tatsächlich hat aber die polnische Rückwanderung aus Frankreich in letzter Zeit erneut eingesetzt. Das erwähnte Krakauer Blatt berichtete, daß die energischen Bemühungen der polnischen Konsulate in Frankreich, die schwere Lage der polnischen Arbeiter durch Interventionen bei den französischen Behörden erträglicher zu gestalten, vergebens gewesen seien. Die Polen werden jetzt zwar im allgemeinen nicht mehr behördlich gezwungen, das Land zu verlassen. Aber das Verbleiben in Frankreich wird ihnen wirtschaftlich unmöglich gemacht, so daß sie „freiwillig“ abreisen. Im Endeffekt kommt das auf dasselbe hinaus.

„Les Cahiers Polonais“

Wie die „Gazeta Polska“ meldete, ist Ende letzten Jahres in Paris die erste Nummer der Monatsschrift „Les Cahiers Polonais“ erschienen, deren Schriftleiter der Pariser Korrespondent dieses polnischen Regierungsblattes, H. Korab-Kucharski, ist. Die Zeitschrift ist für gebildete Kreise bestimmt. Wie der Herausgeber in einem kurzen einleitenden Artikel schreibt, macht die Zeitschrift es sich zur Aufgabe, „die Franzosen mit der wahren Gestalt des polnischen Lebens bekannt zu machen“. Das erste Heft ist der polnischen Verfassungsreform gewidmet. Die früher in Paris herausgegebene polnische Propagandaschrift „La Pologne“, die vor etwa 1½ Jahren ihr Erscheinen einstellen mußte, hat also in neuer Gestalt ihre Auferstehung erlebt.

Vizeminister Oberst Bleszynski

Der bisherige Militärattaché an der polnischen Botschaft in Paris, Oberst Jerzy Bleszynski, wurde als Vizeminister (Staatssekretär) ins Warschauer Kultusministerium berufen. Oberst Bleszynski war vor dem Kriege Professor an einem Krakauer Gymnasium, rückte bei Kriegsausbruch mit den Legionen Pilsudskis ins Feld und kam, wie viele andere, auf diese Weise in die militärisch-politische Laufbahn.

Der Pressechef der polnischen Botschaft verläßt Berlin

Der Pressechef der polnischen Botschaft in Berlin, Dr. Kierkin, ist in die Presseabteilung des Warschauer Außenministeriums berufen worden. Dr. Kirkien kam vor zwei Jahren nach Berlin, also zu einer Zeit, in der mit dem Gewaltverzichtspakt der Versuch einer Neugestaltung der deutsch-polnischen Beziehungen begann. Er war seinerzeit an den Verhandlungen, die zu einer Vereinbarung über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete der öffentlichen Meinungsbildung führten, von polnischer Seite maßgebend beteiligt.

Sieben Geislein bedrohen die Sicherheit Polens

Es wäre eine Doktorarbeit wert, deutsche Märchen, wie z. B. die von Schneeweißchen und Rosenrot, von den sieben Geislein, von Schneewittchen usw., auf ihren „staatsgefährlichen“ Inhalt hin zu untersuchen. Der deutsche Kulturbund in Ostoberschlesien wollte einen Märchen-Nachmittag für Schulkinder veranstalten. Aber die deutschen Kinder, denen man in den Schulen die Schätze der deutschen Märchenwelt vorenthält, sollen nicht einmal außerhalb der Schule die Möglichkeit haben, sich durch Bild und Wort an den Phantasiegestalten eines Schneewittchen oder eines Schneeweißchen zu erfreuen. Denn die polnische Polizeibehörde verbot die Veranstaltung, da zuerst die Erlaubnis der zuständigen Schulinspektion eingeholt werden müsse. Die Schulinspektion erklärte sich für nicht zuständig und verwies den Kulturbund an das Schulkuratorium, dieses wiederum an die Sicherheitsbehörde, die ihrerseits die Eingabe auf dem Umwege über die Polizei zu bearbeiten gedenkt. Eine Kette ohne Ende.

Keine Weihnachtsgeschenke für deutsche Kinder

Wie in früheren Jahren, so wurden auch zu Weihnachten 1935 die Kinder der arbeitslos gewordenen Belegschaftsmitglieder der Hubertushütte wieder beschenkt. Im Gegensatz zu früheren Jahren aber wurde diesmal bei der Verteilung der Geschenke ein nationaler Unterschied gemacht. Den Familien, die sich zur deutschen Volksgruppe bekennen, war z. T. überhaupt keine Einladung zu der in der Hüttenkantine stattfindenden Weihnachtsfeier zugestellt worden. Denjenigen deutschen Familien aber, die hierzu eingeladen worden waren, wurde, als sie zur Feier kamen, mitgeteilt, daß ihre Namen aus der Liste gestrichen worden seien und daß ihre Kinder nicht beschenkt werden könnten. Der Betriebsrat, an den sich die Zurückgewiesenen wenden wollten, war nicht zu finden. Es ist dies nicht der einzige Fall, in dem arbeitslose deutsche Volksgenossen in Polen erfahren mußten, daß auch das Weihnachtsfest die nationale Antipathie nicht zu überwinden vermag.

Schlechter Wille oder Bequemlichkeit?

Im Jahre 1932 wurden in Wolhynien mit einem Schlage nicht weniger als 57 deutsche Schulen behördlich geschlossen, indem den Kantoren, die in diesen den Unterricht erteilten, die Lehrgenehmigung entzogen wurde. Mit der Auflösung der Kantoratsschulen schien das deutsche Schulwesen in diesem Teil des Staates zunächst „liquidiert". Es kam jedoch anders: Das wolhynische Deutschtum hat sich, obwohl es sich in schwerster wirtschaftlicher Not befindet, sofort an den Neuaufbau seines vorsätzlich und leichtfertig zerstörten Schulwesens herangemacht. Die armen deutschen Gemeinden entschlossen sich, die höheren Kosten für den Unterhalt der geforderten, seminaristisch vorgebildeten Lehrkräfte auf sich zu nehmen; und sie waren auch entschlossen, die Lasten zu tragen, die ihnen der Bau neuer Schulgebäude aufbürdete. Einige neue Schulen, die allen Anforderungen entsprechen, sind bereits eröffnet worden. In einer ganzen Reihe von Fällen aber werden den deutschen Gemeinden immer neue Schwierigkeiten gemacht. Die Baupläne für die neuen Schulgebäude müssen dem Bauamt zur Genehmigung vorgelegt werden. Von vielen Gemeinden liegen nun die Pläne schon seit über zwei Jahren im Bauamt, ohne daß es dieses bisher für notwendig gehalten hat, sich um deren Prüfung und Genehmigung zu kümmern. Die Absicht ist klar: Am 1. Juli d. Js. läuft die Frist ab, bis zu der die Baupläne genehmigt sein müssen. Schulen, deren Pläne bis zu diesem Termin nicht genehmigt sind, dürfen nicht errichtet werden. Entweder handelt es sich bei dieser Verzögerung der Genehmigung um schlechten Willen oder — es ist bedauerlich, das sagen zu müssen — um allzu große Bequemlichkeit der betreffenden Beamten.

Wojewodschaftsverwaltung gegen deutsche Beamte

Die Deutschen in Polen haben jenes berüchtigte Schreiben der Kattowitzer Wojewodschaftsverwaltung an die Industriellen des Bielitzer Bezirks noch nicht vergessen, in dem diese unter Androhung behördlicher Repressalien die Anweisung zur Entlassung ihrer deutschen Beamten und Angestellten erhielten. Das peinliche Aufsehen, das dieses Schreiben damals erregte, veranlaßte die Kattowitzer Wojewodschaftsverwaltung, von der Durchführung dieses summarischen Entdeutschungsverfahrens Abstand zu nehmen. Sie hat jedoch niemals daran gedacht, auf die Entdeutschung selbst zu verzichten. Sie hat jetzt das System der „individuellen Behandlung" gewählt. Das heißt: Aus diesem oder jenem Grunde werden nacheinander die einzelnen Industriellen des Bielitzer Bezirks in die Kattowitzer Wojewodschaft befohlen, wo ihnen dann mehr oder weniger deutlich klar gemacht wird, wie gern es „höheren Orts" gesehen würde und wie vorteilhaft es für sie selber wäre, wenn sie so und so viele deutsche Beamte aus ihren Betrieben entließen und an deren Stelle polnische Zuwanderer aus Galizien oder Kongreßpolen einstellten. Es handelt sich bei den Deutschen, die hier unter Druck der Kattowitzer Wojewodschaft auf die Straße geworfen werden sollen, zum größten Teil um Angehörige der deutschen Geschlechter, die seit Jahrhunderten im Teschener Schlesien ansässig sind. Die Industriellen des Bielitzer Bezirks haben sich dem Druck der Kattowitzer Polonisierungsbehörde bisher nicht gefügt. Die Ersetzung der geschulten deutschen Kräfte durch polnische oder jüdische Zuwanderer liegt nicht im Interesse ihrer Betriebe. Aber die unverändert andauernde Wirtschaftskrise liefert sie immer mehr der polonisierenden Willkür der Behörden aus. Die Zahl der deutschen Beamten, die von der Behörde auf die schwarze Liste gesetzt worden sind und entlassen werden sollen, beträgt, wie aus den Kreisen der Industriellen verlautet, weit über hundert.

Die polnische Eisenbahndirektion in Danzig verurteilt

Die deutsche Oeffentlichkeit hat schon oftmals Anlaß gehabt, sich mit der unhaltbaren und unverantwortlichen Personalpolitik der polnischen Eisenbahndirektion in Danzig kritisch auseinanderzusetzen. Die deutschen Arbeiter dieser Verwaltung sind im Lauf der Jahre zum weitaus größten Teil unter den verschiedensten Vorwänden entlassen und durch zugewanderte Polen ersetzt worden. Auf die deutsche Oeffentlichkeit hat dieses auch heute noch andauernde Verfahren um so aufreizender und verbitternder wirken müssen, als es sich auf deutschem Volksboden und in den Grenzen eines deutschen Staates abspielt, der durch aufgezwungene internationale Verträge in seiner Handlungsfreiheit beschränkt worden ist. Jetzt endlich ist an zwei typischen Fällen die Rechtswidrigkeit des Vorgehens der polnischen Eisenbahndirektion durch rechtskräftige Entscheidung eines Danziger Gerichtes klargestellt worden.

Zwei deutsche Arbeiter hatten beim Arbeitsgericht gegen die Eisenbahndirektion Klage erhoben mit der Begründung, daß ihre Entlassung wegen ihrer Zugehörigkeit zum deutschen Volkstum erfolgt sei und somit gegen eine Entscheidung des Hohen Kommissars von 1921 und gegen die Danziger Verfassung verstoße. Die Eisenbahndirektion versuchte, vor Gericht glauben zu machen, daß die Entlassung „aus Mangel an Etatsmitteln", also aus „Sparsamkeitsgründen", erfolgt sei. Diese Behauptung ließ sich leicht widerlegen: Der Direktion wurde nachgewiesen, daß in der Zeit vom 1. April 1934 bis zum 30. Juni 1935, d. i. in der Zeitspanne, während welcher die Entlassung der beiden Kläger erfolgte, 179 Arbeiter entlassen, dagegen 260 neu eingestellt wurden. Der Personalbestand erhöhte sich in der angegebenen Zeit also beträchtlich, so daß die Angaben der Direktion von vornherein unglaubwürdig erschienen. Es ist weiter bemerkenswert, daß von den 179 Entlassenen 151 mehr als 10 Dienstjahre hinter sich hatten, also zu einer Zeit in den Eisenbahndienst eingetreten waren, in der es dort noch so gut wie keine Polen gab. Das Landesarbeitsgericht, vor dem der Fall am 7. Januar d. Js. abschließend verhandelt wurde, mußte demgemäß zu der Feststellung kommen, daß für die Entlassung der Wunsch der polnischen Eisenbahndirektion maßgebend war, das deutsche Personal durch polnisches zu ersetzen, daß demgemäß die Entlassungen zu Unrecht erfolgten. Die von der Direktion gegen das Urteil des Arbeitsgerichtes vom 9. September v. Js. eingelegte Berufung wurde vom Landesarbeitsgericht auf Kosten der Beklagten verworfen. Nachdem die Rechtslage durch diesen Prozeß grundsätzlich zugunsten der entlassenen deutschen Arbeitskameraden geklärt ist, besteht die Möglichkeit, daß dieser erste, probeweise durchgeführte Prozeß weitere Klagen anderer unrechtmäßig Entlassener nach sich ziehen wird.

Sokolverband unter endekischer Führung

Der frühere nationaldemokratische Abgeordnete Oberst a. D. Arciszewski wurde zu Beginn des Jahres an Stelle des bisherigen Vorsitzenden Graf Adam Zamoyski zum Präsidenten des polnischen Sokolverbandes gewählt. Die politische Einstellung der einzelnen Gliederungen des Verbandes ist nicht einheitlich. Während die Sokoln in einigen Landesteilen dem Regierungslager nahestehen, halten sie es in anderen Gebieten mehr mit der Opposition. Mit der Wahl eines nationaldemokratischen Präsidenten

scheint die Opposition im Verband das Uebergewicht gewonnen zu haben. Allerdings besitzen die Sokoln schon seit über einem Jahrzehnt bei weitem nicht mehr diejenige Bedeutung, die ihnen früher, in der Zeit der Staatenlosigkeit, in politischer Hinsicht, vor allem in bezug auf die Jugenderziehung, zukam.

Neuer polnischer Verkehrsminister

Der seit drei Jahren amtierende polnische Verkehrsminister Butkiewicz ist überraschend zurückgetreten. Butkiewicz ist aus dem Eisenbahndienst, in dem er sich langsam hochgearbeitet hatte, hervorgegangen. Zum Nachfolger wurde der bisherige stellvertretende Chef der Heeresabteilung, Oberst im Generalstab Julius Ulrych, ernannt. Ueber die Gründe des plötzlichen Wechsels auf dem Verkehrsministerposten ist nichts bekannt. Die Tatsache, daß der neue Minister aus dem aktiven Heeresdienst kommt, deutet darauf hin, daß die polnische Verkehrspolitik in Zukunft stärker, als es bisher der Fall war, unter militärische Gesichtspunkte gestellt werden soll. Politisch gehört Minister Ulrych zur Obersten gruppe, deren Position im politischen Leben Polens sich anscheinend wieder zu festigen beginnt.

Johann-Gottlieb-Herder-Preis

Ein Amerikaner hat der Reichsschrifttumskammer mehrere Preise zur Förderung der Malerei, der angewandten Kunst und vor allem der Dichtkunst in den Grenzgebieten zur Verfügung gestellt. Mit der Verleihung des Johann-Gottlieb-Herder-Preises für den Nordosten, der alljährlich am Todestage Herders, also am 18. Dezember, in Höhe von 5000 RM zur Verteilung kommen soll, wurde die Königsberger Universität betraut. In die Wertung einbezogen sollen Arbeiten werden, die in den drei, der jeweiligen Preisverteilung vorausgegangenen Jahren vollendet wurden. Es ist ein fünfköpfiges Preisgericht gebildet worden, dem als Vertreter der Universität Königsberg Professor Dr. Ziesemer und Dozent Dr. Harmjanz, als Vertreter der Reichsschrifttumskammer Ministerialrat Dr. Wismann und als Vertrauensmänner des Stifters Oberpastor Dr. Grüner-Riga und Dr. Kurt Lück-Posen angehören. Die erste Preisverteilung wird im Dezember d. Js. stattfinden.

Grenzschutz-Gedenktafel in Frankfurt (Oder)

In nächster Zeit wird von der zuständigen Gruppe des Bundes Deutscher Osten in der Marienkirche zu Frankfurt (Oder) eine Gedenktafel für die gefallenen Kameraden des Grenzschutzes Ost angebracht werden. Es sind bisher die Namen von etwa 600 Gefallenen festgestellt worden. Um die in der Verlustliste noch bestehenden Lücken zu füllen (so müssen einige Gefallene, für die nähere Angaben noch fehlen, bisher als „unbekannt" aufgeführt werden), ergeht an alle Leser die dringende Bitte, alle ihnen bekannten Namen von Grenzschutzgefallenen der Untergruppe Ostmark des Bundes Deutscher Osten (Frankfurt/Oder, Hindenburgstraße 79b) mitzuteilen. Anzugeben sind: Vor- und Familienname, Dienstgrad, Heimatort, Geburtstag, Todesort und -tag, Anschrift der Eltern oder sonstigen Angehörigen. Die Angaben sollen nach Möglichkeit bis Ende Januar in Händen der angegebenen BDO-Stelle sein.

Seedienst Ostpreußen—Finnland

Der Seedienst Ostpreußen hatte schon im vergangenen Jahre mit einem kleinen Dampfer versuchsweise den Verkehr zwischen Pillau (Ostpreußen) und Helsingfors (Finnland) aufgenommen. Dieser Verkehr wird vom Seedienst im Jahre 1936 mit dem 2400 Bruttoregistertonnen großen Motorschnellschiff „Preußen" durchgeführt werden. Es ist vorgesehen, die „Preußen" vom 25. Mai bis 27. September jeden Freitag abend von Helsingfors und jeden Mittwoch nachmittag von Pillau auslaufen zu lassen (Ankunft in Pillau bzw. Helsingfors jeweils am Vormittag des übernächsten Tages). Von Sonntag bis Mittwoch jeder Woche wird die „Preußen" von Pillau über Zoppot, Swinemünde nach Travemünde und zurück laufen. In den Monaten Juli und August werden den Bedürfnissen des Reiseverkehrs entsprechend Memel, Warnemünde und Binz angelaufen werden. Während der Olympiade, der großen ostpreußischen Reitveranstaltungen und der Deutschen Ostmesse in Königsberg wird die „Preußen" auch mehrmals Reval und Libau berühren. Schließlich wird in der Sonnwendwoche auch einmal Arensburg auf Oesel angelaufen werden, um deutschen Jugendgruppen den Besuch des Grabes von Walter Flex zu erleichtern. Diese Ausdehnung des Seedienstes Ostpreußen, die dazu beitragen wird, die Beziehungen zu dem befreundeten Finnland zu vertiefen, ist sehr zu begrüßen. Es ist zu erwarten, daß von den hier gebotenen neuen Verkehrsmöglichkeiten in reichem Maße Gebrauch gemacht werden wird. Die Tarife werden binnen kurzem vom Reichsverkehrsministerium veröffentlicht werden.

Neuer Sender in Gleiwitz

Am 23. Dezember wurde von der Deutschen Reichspost ein neuer Rundfunkzwischensender in Gleiwitz in Betrieb genommen. Damit wird der Funkstunde in Gleiwitz, Nebensender des Reichssenders Breslau, ein neuzeitlicher Sender zur Verfügung gestellt. Er hat zwar keine größere Sendeleistung (5 Kilowatt), erhält aber durch eine schwundmindernde Antenne in einem 110 Meter hohen Holzturm eine größere Reichweite als der bisherige Sender. Der neue Sender ist im Norden der Stadt, etwa eine Viertelstunde vom Stadtinnern entfernt, errichtet, die Besprechungsräume des Nebensenders sind jedoch im alten Funkhaus verblieben. Die Deutsche Reichspost hat die Hoffnung, daß sie mit den neuen Einrichtungen den Rundfunkempfang erheblich verbessern wird und somit zu einem weiteren Anwachsen der Zahl der Rundfunkteilnehmer mithilft.

Kirchenschändung im „kaschubischen Czenstochau"

In dem bekannten Wallfahrtsort Schwarzau auf der Putziger Nehrung ist ein Kirchenraub verübt worden. Das Standbild der „Mutter Gottes" wurde vollkommen beraubt, auch sonst wurden arge Verwüstungen in dem Gotteshaus angerichtet. Die Erregung in der Bevölkerung ist um so größer, als es sich um einen Ort handelt, der allgemein das „kaschubische Czenstochau" genannt wird. Die Pfarrkirche enthält ein als wundertätig geltendes Standbild der „Mutter Gottes" als Schutzpatronin der Fischer, das schon seit undenklichen Zeiten verehrt und heilig gehalten wird, und ein gotisches Kunstwerk aus dem 14. Jahrhundert ist. Nicht nur von den Ufern der Putziger Nehrung und der Halbinsel Hela kommen hier an den Ablaßtagen Gläubige her, sondern auch aus Zoppot, Danzig und den umliegenden Orten. Ein Gemälde, das vor dem Standbild aufgehängt war, und ein wertvolles Geschenk Kaiser Wilhelms I. an die Kirche war, ist mit roher Gewalt heruntergerissen und zerfetzt worden. Der Hauptaltar mit dem Marienstandbild ist nach den angerichteten Verwüstungen kaum noch zu erkennen. Die „Mutter Gottes" ist ihrer rechten Hand, ihres Strahlenkranzes, der rings um die ganze Figur angebracht war, ihrer echt goldenen Krone und der Edelsteine am Gewande beraubt worden. Ebenso wurde dem Jesuskind seine ebenfalls echte Krone heruntergerissen und der Sockel des Standbildes zerschlagen. Die Ewige Lampe, Kerzen und Leuchter des Altars lagen zerbrochen am Boden, die Schaukästen mit den goldenen und silbernen Weihegeschenken waren durch Hammerschläge zertrümmert, ein goldener Kelch und ein silbernes Gefäß, in dem die Hostien aufbewahrt wurden, sind gestohlen worden. Auch die kostbare große Monstranz, die unter Kirchengewändern versteckt war, ist verschwunden.

Urteilsverkündung im Pierackiprozeß

Im Pierackiprozeß wurde am 13. Januar das Urteil verkündet. Von den 12 der Mitgliedschaft in einer verbotenen Organisation, der Ermordung des polnischen Innenministers bzw. der Beihilfe zur Flucht beschuldigten Ukrainer wurden verurteilt: die Hauptbeschuldigten Bandera, Lebedj und Karpenecj zum Tode, die Angeklagten Klymyschyn und Pidhajnyj zu lebenslänglichem Gefängnis, die Angeklagten Hnatniwka, Maljuca, Katschmarskyj und Myhal zu je

15 Jahren Gefängnis, die Angeklagte Sarycka zu 8 Jahren und die Angeklagten Tschornyj und Rak zu je 7 Jahren Gefängnis. Die Todesstrafen gegen die drei Erstgenannten wurden auf Grund der Amnestie in lebenslängliche Gefängnisstrafen umgewandelt. Bei den Freiheitsstrafen wurde die Untersuchungshaft angerechnet.

Jüdische Frechheit

Der in Lodz erscheinende jüdische „Tygodnik Handlowy Kupiecki i Rzemieslniczy" („Handels-Wochenschrift für Kaufleute und Handwerker") stellte vor kurzem eine Reihe von Forderungen auf, die für das dreiste Auftreten der Juden in Polen bezeichnend sind. So wird z. B. verlangt: Die jüdische Religion (gemeint ist das mosaische Bekenntnis) ist offiziell anzuerkennen (da es ohnehin schon jüdische Unternehmungen gebe, z. B. in Lodz, in denen die dort beschäftigten Christen obligatorisch den Sabbath heiligen). Alle Aufschriften, die den Namen „Christus" enthalten, sind dort, wo auch Juden wohnen, zu entfernen. Der jüdische Sabbath ist offiziell anzuerkennen, und die Juden müssen das Recht erhalten, am Sonntag zu arbeiten und Geschäfte zu machen. Die Weihnachtsfeiern in öffentlichen Schulen sind abzuschaffen, das Singen von Kollenden und christlichen Hymnen in der Oeffentlichkeit hat zu unterbleiben. Leute, die sich erdreisten, öffentlich Kritik an den Juden zu üben, sind aus den Aemtern zu entfernen, bzw. zur gerichtlichen Verantwortung zu ziehen. In den staatlichen Gerichtsgebäuden ist der Bet Din (das jüdische Gericht) einzuführen. Aus den Schulen ist alle Literatur zu entfernen, die die Juden verletzen könnte. Die Bezeichnung „christlich" in Zusammenhang mit „Staat", „Religion" und „Nationalität" hat in allen Dokumenten und öffentlichen Bekanntmachungen zu unterbleiben. — Das sind einige der von dem erwähnten jüdischen Blatt aufgestellten Forderungen. Jeder Pole muß die Tatsache, daß ein jüdisches Blatt es überhaupt wagt, solche Dinge zu schreiben, als einen Schlag ins Gesicht empfinden.

Die „ukrainische Kolonie" in Posen

Eine ukrainische Zeitung berichtete kürzlich über die in der Stadt Posen lebenden Ukrainer. Die zahlreichste Gruppe sind die Studenten, deren Zahl über 100 beträgt. Sie studieren vor allem Medizin (35) und Pharmazie (30); die Handelshochschule besuchen 25, die Hochschule für Maschinenbau 15; an der philosophischen Fakultät sind nur wenige eingeschrieben. Die Studenten haben ihre eigene Organisation in der „Hromada Studentiv Ukrainciv" („Verband der ukrainischen Studenten"). Dieser Verbindung gehören etwa 60 Studenten an; es ist bezeichnend, schreibt das ukrainische Blatt, daß ihr kein Student aus Wolhynien angehört, sondern nur Studenten aus Galizien. In Posen leben, wie es in dem gleichen Artikel weiter heißt, auch ungefähr 100 Staatsbeamte und öffentliche Angestellte ukrainischer Volkszugehörigkeit. Die Ukrainer in Posen unterhalten zu ihrer fremdnationalen Umgebung keine Beziehungen.

„Der Rasende Lorbas".

Nach dem Ausbau der Strecke Berlin—Königsberg ist die Deutsche Reichsbahn der Frage einer weiteren Beschleunigung des Verkehrs zwischen der Reichs- und der Provinzhauptstadt nähergetreten. Im kommenden Sommer werden zum ersten Mal die großen Stromlinien-Schnellzuglokomotiven in den fahrplanmäßigen Verkehr eingestellt werden. Die Höchstgeschwindigkeit dieser Lokomotiven beträgt 196 Stundenkilometer. Eine wird mit sechs Wagen als „Rasender Lorbas" von Berlin bis Firchau, der letzten reichsdeutschen Station vor dem Eintritt in den Korridor, fahren. Jenseits des Korridors von Marienburg bis Königsberg wird eine zweite Maschine verkehren. Von Firchau bis Marienburg fährt eine der üblichen polnischen Maschinen. Durch die Indienststellung der bei Borsig gebauten Stromlinienlokomotiven, die mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 135 Stundenkilometern fahren sollen, wird auf der Strecke Berlin—Königsberg eine Zeitersparnis von 75 bis 90 Minuten zu erzielen sein. Der „Rasende Lorbas" wird diese Strecke in weit weniger als sieben Stunden zurücklegen. Wie überall, so macht sich auch hier, wo es sich um die Beschleunigung des Ostpreußenverkehrs handelt, der Korridor hindernd bemerkbar. Die über heute polnisches Gebiet führende Bahnstrecke ist den Anforderungen, die die Schwere und Geschwindigkeit der Stromlinienlokomotiven an den Unterbau stellen, nicht gewachsen.

Zur Aufstandsfeier in Posen

Am 27. Dezember wurde in Posen der 17. Jahrestag des Beginns des polnischen Aufstandes in Posen gefeiert. Etwa 25 000 Aufständische marschierten an diesem Tage auf dem Posener Freiheitsplatz auf. Die Feier erhielt durch die Teilnahme und Ansprache des Generalinspekteurs der Armee ihre besondere Bedeutung. Ganz offensichtlich wurde mit der Anwesenheit Rydz-Smiglys, den Marschall Pilsudski noch selbst zu seinem Nachfolger in der Führung des polnischen Heeres bestimmte, eine innerpolitische Absicht verfolgt. Zwischen den Posener Aufständischen und den Legionären Pilsudskis haben die ganzen Jahre hindurch scharfe Spannungen bestanden. Die Legionäre haben auf die Posener Rebellen von jeher mit einer gewissen Geringschätzung herabgeblickt; sie haben der Posener Aktion den revolutionären Schwung abgesprochen und deren Führern das militärische Können bestritten. Das hat in den Reihen der ehemaligen Posener Rebellen verbitternd gewirkt und viel zur Verschärfung des territorialen Gegensatzes zwischen Posen und Warschau beigetragen. Wenn der Generalinspekteur der Armee jetzt zur Aufstandsfeier nach Posen gekommen ist und in seiner Ansprache die soldatischen Tugenden der Rebellen und ihre Verdienste um Polen gerühmt hat, so ist das offensichtlich geschehen, um der nationaldemokratischen Opposition, die die Posener Dezemberrebellion stets als „ihren" Aufstand gefeiert hat, eine ihrer regierungsfeindlichen Agitationsthesen zu nehmen.

Diese Absicht läßt sich aus einem Artikel der amtlichen „Gazeta Polska" entnehmen, die in ihrer Neujahrsnummer u. a. schreibt: Es dürfte nicht schwer sein, die Aufständischen, die einen wichtigen Bevölkerungsteil in der Wojewodschaft darstellen (jeder vierte Wojewodschaftsbewohner habe sich am Aufstand beteiligt?), zu einer festen Gemeinschaft zusammenzuschließen. Und doch seien die Aufständischen heute in verschiedene, einander bekämpfende Lager zerfallen. Statt fruchtbarer Arbeit herrsche ein riesiges Chaos, statt positiver Leistung gegenseitiger Kampf. Nun aber habe die Posener Feier in den Aufständischen das Erlebnis ihrer früheren Waffenbrüderschaft wieder lebendig gemacht. „Den Aufgaben des organisatorischen Aufbaus der Aufständischen hat dieser Jahrestag erst die wirkliche Perspektive gegeben. Niemals hat es eine bessere Gelegenheit gegeben als augenblicklich, um die organisatorische Zwiespältigkeit der einstigen Aufständischen zu einer harmonischen Konsolidierung zu bringen. Im Augenblick ist die Gelegenheit dazu gegeben. Man findet ein bereitetes Feld der gegenseitige: Verständiguna. Die Aufständischen sind an den soldatischen Instinkt erinnert worden; und dieser Instinkt muß zum Instinkt des Bürgers werden." Das heißt: es soll versucht werden, unter dem Eindruck der groß aufgezogenen Feier die Posener Rebellen dem Einfluß der Nationaldemokratie zu entziehen und sie zu einer Kerntruppe des Regierungslagers auf dem schwankenden Posener Boden zu machen. Praktisch läuft das darauf hinaus, daß die betont antideutsche Haltung der Posener Rebellen von den Regierungskreisen anerkannt wird, — wie es ähnlich unter Führung Grazynskis in Ostoberschlesien schon lange der Fall ist. Damit erhält die Anwesenheit und die Ansprache des Generalinspekteurs der Armee auch ihre außenpolitische Note. Es ist nicht ersichtlich, ob das beabsichtigt war.

Galiziersiedlungen in Posen?

Das polnische Landwirtschaftsministerium plant für das Jahr 1936 die Verpflanzung von einigen hundert Zwergbauern aus der Wojewodschaft Krakau nach Posen. Es sollen, wie einige polnische Blätter berichteten, etwa 400 solcher „Galiziersiedlungen" von je 7 bis 10 Hektar bestellbaren Bodens entstehen. Die Siedler sollen ihre galizischen Zwergwirtschaften verkaufen, dann auf den ihnen in Posen zugeteilten Besitz eine Anzahlung in Höhe von 5 v. H. des Schätzungspreises der Bodenfläche einschließlich der Gebäude leisten und den Restkaufpreis in Jahresraten (bis zu 41) bezahlen. Ob dieser Plan durchgeführt wird, steht noch nicht endgültig fest. Fest steht jedoch von vornherein, daß der durch eine solche Aktion in Galizien gestiftete Nutzen in keinem Verhältnis stehen würde zu dem im Posenschen angerichteten Schaden.

Der Posener „Nowy Kurjer" hat sich ganz entschieden gegen eine Verwirklichung dieses Planes gewandt. Es ist bekannt, schreibt das Blatt u. a., daß Westgalizien übervölkert ist und die verhältnismäßig größte Zahl von lebensunfähigen Zwergwirtschaften besitzt. In einigen westgalizischen Bezirken herrscht furchtbare Not, die von Jahr zu Jahr schlimmer wird, da die Bevölkerung zunimmt, der tragfähige Boden aber durch die immer wiederkehrenden Ueberschwemmungsverwüstungen abnimmt, da weiter für die Auswanderung die Wege versperrt sind und infolge des Stillstandes der Industrie auch ein Abströmen der überschüssigen Landbevölkerung in die Städte nicht in Betracht kommt. Es müssen also eine Intensivierung der galizischen Landwirtschaft und eine Ueberführung des Bevölkerungsüberschusses in weniger dicht besiedelte Gebiete durchgeführt werden. Aber das Posener Blatt wendet sich ganz entschieden dagegen, daß der in Galizien nicht mehr zu haltende Bevölkerungsüberschuß ausgerechnet nach Posen-Pommerellen abgelenkt werden soll: Vor 15 Jahren hätten dort noch ganz gut einige tausend galizische Bauern untergebracht werden können. Inzwischen aber hätten sich die Verhältnisse weitgehend geändert. Die Bevölkerung sei durch Geburtenüberschuß und Zuwanderung beträchtlich gewachsen. Ein erheblicher Teil der aus Frankreich heimkehrenden Polen bleibe in den beiden Westwojewodschaften hängen. Die dortige Landwirtschaft liege nach der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre darnieder. In den Städten und auf dem Lande sei die Arbeitslosigkeit ungeheuer gestiegen. Zehntausende von Menschen in Posen und Pommerellen, fast durchweg Söhne von Bauern, hätten nur einen Wunsch: ein Stückchen Acker ihr eigen zu nennen; aber es fehlten ihnen die Mittel, es zu erwerben. Dagegen, so fährt der „Nowy Kurjer" dann fort, hätten viele von ihnen genügend Geld, um sich eine Siedlung zu jenen Bedingungen zu erwerben, die den aus Galizien nach Posen umzusiedelnden Bauern zuerkannt werden sollen. Es sei nicht schwer, sich vorzustellen, welchen Eindruck die Mitteilung von der geplanten Aktion unter den Posener Kleinbauern und Landlosen hervorrufen müsse. Das Blatt schließt seine Betrachtung mit der Feststellung ab, daß die Verwirklichung dieses unglückseligen Umsiedlungsplanes das Problem der Uebervölkerung des galizischen Dorfes auch nicht im entferntesten zu lösen vermöchte, in Posen aber recht unerwünschte Stimmungen hervorrufen würde.

Damit hat der „Nowy Kurjer" sicherlich recht. Hat die Zuwanderung kongreßpolnischer und galizischer Polen schon zu einer Zeit, als die wirtschaftlichen Verhältnisse noch einigermaßen befriedigend waren, böses Blut unter den alteingesessenen Polen des Posener Landes gemacht, so würde die bevorzugte Ansiedlung landfremder Bauern heute, da es dort selbst wirtschaftlich schlecht geht, und da Zehntausende dort vergebens auf die Befriedigung ihres Landhungers warten, schwere Verstimmungen hervorrufen müssen. Der Wojewodschaft Krakau wäre dadurch, daß einige hundert Zwergbauern abwandern und durch den Verkauf ihres Besitzes die Wirtschaften ihrer zurückbleibenden Nachbarn ein wenig vergrößern, nur wenig geholfen. Für einige kleine westgalizische Dörfer würde sich vielleicht eine vorübergehende Entlastung ergeben, vorausgesetzt, daß den Zurückbleibenden die zum Ankauf des Landes der Abwandernden notwendigen Mittel zu Bedingungen zur Verfügung gestellt würden, die ihrer meist erbarmungswürdigen Armut einigermaßen entsprächen. Für das Ganze jedoch würde diese Umsiedlungsaktion nicht mehr als einen Tropfen auf den heißen Stein bedeuten. Und in Posen, einem Gebiet, das trotz seiner geringeren ländlichen Siedlungsdichte gleichfalls als landwirtschaftlich übervölkert anzusprechen ist, würden die galizischen Zuwanderer wirtschaftlich und sozial mehr schaden als nützen. Daß die Bewohner der beiden Wojewodschaften sich mit einer künstlich verstärkten Zuwanderung aus dem übrigen Polen nicht befreunden können und wollen, ist nur allzu verständlich.

Mehr Kinder, aber weniger Lehrer

Seit Jahren beschäftigen sich Oeffentlichkeit und Regierung in Polen mit der Frage, wie den krassen Mißständen im Schulwesen Polens abgeholfen werden kann. Eine Lösung wurde bisher nicht gefunden. Die Zahl der Kinder, die keine Schule besuchen oder nach einem unregelmäßigen und erfolglosen Schulbesuch in die Reihen der „rückfälligen Analphabeten" einrücken, wächst von Jahr zu Jahr. Teils liegt die Schuld daran, daß die Mittel, die für das Bildungswesen zur Verfügung stehen, von Jahr zu Jahr knapper geworden sind, teils aber auch daran, daß die polnischen Behörden bewußt die Zerstörung des Schulwesens der fremden Volksgruppen betreiben. Welche Rolle dieser letztere Faktor spielt, wird man sehr leicht erkennen, wenn man sich daran erinnert, daß die Deutschen in Polen im Laufe der Jahre mehrere hundert Schulen verloren haben, daß die Zahl der ukrainischen Schulen in Galizien von etwa 2000 auf 300 gesunken ist, und daß das Schulwesen der übrigen Ukrainer sowie der Weißrussen und Litauer in Polen so gut wie völlig vernichtet worden ist. Dank der polnischen Minderheitenpolitik haben die fremden Volksgruppen in Polen in den letzten anderthalb Jahrzehnten mehrere tausend Unterrichtsbetriebe verloren. Daran muß man denken, wenn man folgende bemerkenswerte Zahlen liest, die auf einer kürzlich in Warschau veranstalteten Tagung von über 100 Organisationen des polnischen Bildungswesens mitgeteilt wurden. Danach beträgt die Gesamtzahl der Kinder im schulpflichtigen Alter in Polen heute rund 5,5 Millionen. Davon hat eine Million überhaupt keinen Unterricht, weil für sie keine Schulräume vorhanden sind, eine zweite Million geht zwar zur Schule, der Unterricht bleibt bei ihnen jedoch infolge der ungeheuren Ueberfüllung der Klassen ohne Erfolg, so daß sie nach Beendigung ihrer Schulpflicht tatsächlich wieder als Analphabeten in das Berufsleben eintreten. Dies zeigt sich besonders dann, wenn sie zum Militärdienst einberufen werden. Sie haben dann das wenige, was ihnen die Schule mitgeben konnte, wieder vollständig vergessen. Es gibt Schulklassen mit hundert und sogar über zweihundert Kindern. Die durchschnittliche Zahl der Klassenbesetzung in Polen beträgt 75. Eine Aussicht auf Besserung dieser Zustände besteht um so weniger, als die Zahl der Schulkinder noch von Jahr zu Jahr im Wachsen ist. So betrug der Zuwachs

im Jahre 1929 262 000 Kinder, im Jahre 1932 375 000. Die Wirtschaftskrise hat auf die Aufwärtsbewegung dieser Zahlen keinen hemmenden Einfluß ausgeübt, dagegen verringerte sie die Mittel, die für den weiteren Aufbau des Schulwesens zur Verfügung gestellt werden konnten. So ist im Verlauf der verflossenen acht Jahre, während die Zahl der Schulkinder um zwei Millionen zugenommen hat, die der Lehrer von 75 000 auf 70 500 herabgesetzt worden. Es fehlen 15 000 Lehrerstellen. Aber diese Lehrerstellen könnten, selbst wenn die Mittel dafür zur Verfügung gestellt würden, zunächst nicht geschaffen werden, weil man erst die Schulgebäude bauen müßte. Die dringendste Forderung, die auf der erwähnten Tagung in Warschau erhoben wurde, war die, daß wenigstens 2000 neue Lehrerstellen sofort geschaffen würden. Auch das würde schon eine bedeutende Belastung des staatlichen Haushaltes mit sich bringen, da die Jahresausgaben für die 2000 neuen Stellen sich auf vier Millionen Zloty belaufen würden. So sieht sich die polnische Regierung auch auf dem Gebiete der Volksbildung Aufgaben gegenüber, die hinter den wirtschaftlichen an Bedeutung und Schwierigkeit nicht zurückstehen.

Bücher über den Osten

Erinnerungen und Dokumente. Band I. Meine ersten Kämpfe. Von Josef Pilsudski. Essener Verlagsanstalt, Essen 1935. 79* und 294 Seiten. Brosch. 7,20 RM, geb. 8,50 RM. — Ministerpräsident General Göring hat zu diesem 1. Band der „Erinnerungen und Dokumente", deren Herausgabe vom Marschall selbst autorisiert wurde, ein Vorwort geschrieben, in dem er Pilsudski als den Mann kennzeichnet, der polnische Geschichte machte. Auswahl, Bearbeitung und Redaktion besorgten Major Dr. Waclaw Lipinski vom Militärhistorischen Büro in Warschau und Generalkonsul Kaczkowski. Lipinski schrieb auch die biographische Einleitung zu dem Werk; über diese wurde an dieser Stelle schon früher das Notwendige gesagt. Der an der polnischen Geschichte der jüngsten Vergangenheit interessierte deutsche Leser wird die Herausgabe der „Erinnerungen" des Marschalls (es sollen vier Bände werden) dankbar begrüßen. Sie macht es ihm möglich, besser, als er es aus noch so sorgfältigen Lebensbeschreibungen vermag, das Wesen des Mannes kennen zu lernen, dem Polen vor allem verdankt, was es jetzt ist. Die lebhaft nachgestaltende Erzählergabe des Marschalls wird ihn ebenso fesseln wie die stark ausgeprägte Neigung Pilsudskis zur Selbstkritik oder die bis in die kleinsten Einzelheiten zergliederte seelische Reaktion auf politische und militärische Ereignisse, zu denen der Deutsche vielfach eine andere Einstellung hat. Was diesen 1. Band der „Erinnerungen" besonders interessant macht, ist die Sorgfalt, die Pilsudski auf die Schilderung seiner eigentümlichen nationalen Aufgabe verwendete, die sich daraus ergab, daß er eine Truppe in den Kampf führte, die sich erst im Kampf selber zu einer militärischen Einheit heranbilden und die ihr gesetzte Aufgabe erst vor dem polnischen Volke, vor den Mittelmächten und nicht zuletzt auch vor sich selbst rechtfertigen mußte. Dargestellt werden die Kampfhandlungen der Legionen bei Nowy Korczyn-Opatowiec, bei Ulina Mala und Limanowa-Marcinkowice. In einem kurzen Nachwort ordnet Prof. Dr. von Arnim diese Kämpfe in den großen kriegsgeschichtlichen Zusammenhang ein. **Dr. K.**

Das Gesicht des deutschen Ostens. Von Erna Lendvai-Dirksen. Zeitgeschichte Verlag und Vertriebsgesellschaft mbH., Berlin W 35, 1935. 150 Seiten. Preis Ganzleinen 6,50 RM. — Zu begrüßen ist es, daß die Verfasserin in ihrem Buch, das etwa 120 Bilder, hin und wieder von knappen Texten begleitet, zeigt, den reichsdeutschen Osten von Ostpreußen bis zur Bayerischen Ostmark als eine Einheit aufgefaßt hat. Störend wirkt freilich, daß dieser Rahmen in zweifacher Hinsicht nicht eingehalten wurde: Auf der einen Seite sind Pommern und die mittlere Ostmark nicht vertreten und auf der anderen Seite sind einige Bilder aus Deutsch-Böhmen aufgenommen worden. Die künstlerische Qualität des Werkes, das bisher nicht seinesgleichen hat, steht außer Zweifel. Wenn hier auf einige Mängel hingewiesen wird, so geschieht das in der Hoffnung, daß es möglich sein wird, sie bei einer Neuauflage, die das Buch sehr wahrscheinlich erleben wird, auszumerzen. Die Verfasserin hat versucht, in einigen Bildern den landschaftlichen Hintergrund der von ihr gezeigten Menschen anzudeuten. Diese Andeutung der Umwelt mußte bei den nur 26 Bildern, die darauf verwandt worden sind, natürlich sehr sparsam ausfallen. Das Meer, die Dünen und Seen Ostpreußens haben der Künstlerin einige ebenso wirkungsvolle wie charakteristische Motive geboten. Das landschaftlich so wechselvolle Schlesien aber ist — von den übrigen Teilen des Ostens ganz abgesehen — kaum andeutungsweise erfaßt: Der Eindruck eines öden Steppenlandes, den z. B. das Bild der oberschlesischen Novemberlandschaft hervorruft, ist weit weniger charakteristisch als viele andere Motive, die sich in diesem Land der weiten Wälder, rauchenden Schlote und welligen Hügel dem Beschauer bieten; und die beiden Bilder schneeüberlasteter Baumgruppen vom Sudetenkamm sind gewiß künstlerisch gesehen und treffend gedeutet, aber einen Eindruck der schlesischen Bergwelt vermögen sie nicht zu vermitteln. Auch bei der Auswahl der Köpfe, deren Erfassung die hervorragende Lichtbildnerin erkennen läßt, kann hier und da die Kritik einsetzen: Daß die Oberpfalz durch eine zahnlose, zerknitterte Hausiererin vertreten ist, wird dort wenig Freude erwecken. Das als „oberschlesische Kleinstadtaussprache" bezeichnete Bild würde in einem anderen Zusammenhang zum Lachen reizen. Unter dem Titel dieses Buches kann es verletzend wirken. Die photographische Auslese der „vier Temperamente", die der Bayerischen Ostmark entstammen, wirkt spielerisch und gibt dem Buch keinen würdigen Abschluß. Befremdend wirkt auch das Titelbild, das Bild eines Mädchens aus der Lausitz, von dem es in der Ankündigung des Verlages heißt, daß „in der rätselhaften Weichheit, Weite und Unberührtheit" dieses Gesichtes „die ganze Seele des deutschen Ostens schwingt". Diese Charakterisierung muß abgelehnt werden. Der Osten ist kein romantisches Rätsel, sondern eine politische Aufgabe; er ist nicht unberührt, sondern uraltes Kampfland; das Gesicht des Ostens wird nicht durch die Weichheit passiver Naturen geformt. Und die Weite des Landes zerfließt nicht ins Ungewisse, sondern ist herb und beherrscht. **Dr. K.**

Rückzug vom Balkan. Roman von Leutnant Lerch. Ed. Kaiser Verlag, Großschönau Sa., 1936. 246 Seiten. Preis Ganzleinen 4,80 RM, kartonniert 3,50 RM. — Es ist das Kriegsbuch eines Sudetendeutschen und spielt in der Zeit des letzten Widerstandes an der griechischen Grenze und des Rückzuges der österreichischen Truppen vom Balkan. Die Atmosphäre des Landes, in dem Orient und Okzident einander durchdringen, gibt diesem Buch seinen Charakter. In den Kampf der Armeen spielt der Krieg der Banden hinein. Die Völkerschaften des alten österreichisch-ungarischen Heeres und die Stämme des zerklüfteten Balkans stellen die handelnden Personen dieses farbigen Erlebnisberichtes eines Frontsoldaten, über dem die Tragik des Zusammenbruchs liegt. Aus der beherrschten Knappheit des Stils spricht ebenso wie aus der Tatsachenschilderung selbst die Kraft echten Soldatentums, das gewohnt war, zu kämpfen, aber keine Waffen gegen das Gift des zersetzenden Verrates besaß. Es ist gut, daß dieses Buch uns daran erinnert: Auch dort standen während des Großen Krieges Soldaten. **Dr. K.**

Der Deutsche Ritterorden, der Wiedereroberer und Kolonisator deutschen Ostraumes. Von Dr. Franz Lüdtke. Verlag von Julius Beltz in Langensalza-Berlin-Leipzig, 1935. 61 Seiten. Preis 0,80 RM. — Ein von Berufenen und Unberufenen oft bearbeitetes Thema versteht Lüdtke neu zu gestalten. Die häufige Heranziehung alter Chroniken läßt die wissenschaftliche Grundlage der Arbeit durchschimmern. Der Verfasser bemüht sich, die Verwandtschaft der geistig-weltanschaulichen Vorgänge der Ostentwicklung während der Ordenszeit mit denen der Gegenwart aufzudecken. Der innere Aufbau des Ordens und seine äußere Entwicklung, von den Jahrzehnten des Eroberungskampfes bis zum Niedergang und schließlich zum Hinüberwachsen in die Aufgaben einer neuen Zeit werden geschildert. Beachtlich sind die Ausführungen über die Gründe des Niederganges. Der ständische Verrat am Ordens- und später am preußisch-brandenburgischen Staat wird ohne Schonung beleuchtet. Das mit einer Reihe von Bildern ausgestattete Buch ist eine volkstümliche Arbeit, die das Werk des Ordens als bleibende deutsche Leistung im Osten herausstellt. **Dr. K.**

Schwarzer Adler. Der Lebensroman Herzog Albrechts, des ersten Preußen. Von Gerhard Schultze-Pfaelzer. Verlag Wilhelm Langewiesche-Brandt in Ebenhausen bei München, 1935. 341 Seiten. Mit einem Bildnis. Preis Ganzleinen 3,60 RM. — Fast sechs Jahrzehnte hat Markgraf Albrecht von Brandenburg-Anhalt als letzter Hochmeister des Deutschen Ordens und erster Herzog in Preußen die Geschicke des deutschen Nordostlandes geleitet. Seine Zeit war von tiefster geistiger Wirrnis und schmerzlicher Zerrissenheit des Reiches erfüllt. Er war der erste Landesfürst, der den neuen Glauben annahm; er war der Hochmeister, der den Orden preisgab, um den Staat, das deutsche Preußen, zu retten; er war der Reichsfürst, der aus dem Reiche ausschied und gerade dadurch die Grundlage des Staatswesens legte, das den Bestand des Reiches zu sichern berufen sein sollte. Wahrlich ein Mann, dessen Leben zu schildern sich lohnt! Schultze-Pfaelzer hat für seinen Roman reichliches Quellenmaterial zur Verfügung gestanden, das er in freier Gestaltung verwertet. Scharf meißelt

er die revolutionäre Haltung und Leistung Albrechts im Politischen wie im Geistigen heraus. Aber merkwürdig mutet es an, daß fast ausschließlich die Zeiten des jungen stürmischen Kämpfers und des greisen, in seiner Spannkraft erschöpften Herrschers geschildert werden, während über die beiden Jahrzehnte des reifen, schöpferischen Manneszalters wenig Positives berichtet wird. Die Schilderung dieses Lebensabschnittes gleitet über die rastlose Kleinarbeit, die Albrecht auf die innere Festigung seines preußischen Landes verwandt hat, hinweg; und die geistige Leistung, die sich durchaus nicht auf die Schaffung der Albertina beschränkt, wird in einer breiten Schilderung des unerfreulichen Streites gottesgelahrter Intriganten förmlich ertränkt. Das ist eine empfindliche Schwäche dieses Buches. **Dr. K.**

Drei Frauen um Chopin. Roman von Hermann Richter-Halle. Verlag Koehler und Amelang, Leipzig, 1935. 240 Seiten. 18 Abbildungen. Preis Ganzleinen 4,80 *RM*. — Richter-Halle, der bereits als Verfasser von Haydn- und Brahms-Romanen bekannt ist, unternimmt den Versuch, Persönlichkeit und Werk des polnischen Komponisten zu deuten. Ein schwieriger Versuch, da Chopin sein innerstes Wesen nur in seiner Musik offenbarte, sich aber niemals einem Menschen völlig erschloß, auch nicht den drei Frauen, deren jede ihn eine Strecke seines kurzen Lebensweges begleitete. Jede von ihnen, so deutet Richter-Halle, hat in Chopins Leben und Kunst eine andere Saite anklingen lassen: Die Volksverbundenheit seiner Musik erstand aus seinem Erlebnis mit der Polin Maria Wodzinska; ihre Naturverbundenheit weckte die Französin George Sand; und die Schottin Jane Stirling, die ihr die Gottverbundenheit gab, vollendete den Dreiklang seiner Musik. Indem er sich als Künstler im Dienste an seinem Volke verzehrte, erhöhte Chopin seinen femininen Charakter zu jenem ausgleichenden Zug tragischer Größe, der ihn zum polnischen Nationalheros machte. **Dr. K.**

Ostpreußen und seine Nachbarländer. Ein Wegweiser durch das Schrifttum. Zusammengestellt und herausgegeben in Verbindung mit dem Bund Deutscher Osten (Landesverband Ostpreußen) von der Abt. für Ostliteratur der Buchhandlung Graefe und Unzer. Verlag Graefe und Unzer, Königsberg i. Pr., 1935. — Etwa 1000 Bücher sind in diesem Verzeichnis aufgeführt. Zum größten Teil handelt es sich um Bücher über Ostpreußen: Vorgeschichte und Geschichte, Kultur- und Kirchengeschichte, Wirtschafts- und Landschaftskunde, Bevölkerung, Sagen usw., schöne Literatur, Jugendschriften, Dramen usw.; es folgen dann Zusammenstellungen der deutschen und fremdsprachigen Literatur über Danzig, den Korridor, Polen, das Memelgebiet, Litauen, Estland und Lettland. Bei jedem aufgeführten Buch sind Titel und Verfasser, Erscheinungsjahr, Seitenzahl und Preis beigefügt. Die weitaus meisten zitierten Bücher sind nach dem Kriege erschienen. Aus der Vorkriegsliteratur sind nur die wichtigsten herausgegriffen. Trotzdem der Wegweiser keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann und will, wird er allen an den Ostfragen Interessierten ein unentbehrlicher Ratgeber sein. Die Buchhandlung Graefe und Unzer und die Landesgruppe Ostpreußen des VDO haben sich mit der Herausgabe dieser Zusammenstellung ein Verdienst erworben. **Dr. K.**

Altpreußen. Vierteljahrshefte für Vor- und Frühgeschichte. Herausgegeben vom Seminar für Vor- und Frühgeschichte an der Albertus-Universität und dem Prussia-Museum in Königsberg. Verlag Gräfe und Unzer, Königsberg. — Diese neue wissenschaftliche Zeitschrift, deren erste Nummer im Mai v. Js. erschien, wird von den bekannten ostdeutschen Prähistorikern Univ.-Prof. Dr. Freiherr von Richthofen und Museumsdirektor Dr. W. Gaerte geleitet. Die Herausgabe einer wissenschaftlichen Zeitschrift, die ausschließlich dazu bestimmt ist, der Erforschung der Vor- und Frühgeschichte der altpreußischen Gebiete zu dienen, ist außerordentlich zu begrüßen. Die Namen der Herausgeber und Mitarbeiter bieten Gewähr dafür, daß hier ernste wissenschaftliche Arbeit geleistet wird. Mit deren Erkenntnissen sich vertraut zu machen, ist die völkische Pflicht besonders der Lehrkräfte, denen die Aufgabe zufällt, die Jugend darüber zu unterrichten, daß Ostpreußen nicht erst seit der Zeit des Ritterordens eine deutsche Geschichte besitzt, sondern schon Jahrtausende vorher der Heimatboden germanischer Volksstämme war. Die Zurückweisung und Richtigstellung der Thesen, die von polnischer und litauischer Seite hinsichtlich der Vorgeschichte Ostpreußens verbreitet werden, wird eine besondere Aufgabe dieser Zeitschrift sein. **Dr. K.**

Preßburg, die ehemalige Hauptstadt Ungarns, die Hauptstadt der Slowakei, eine alte deutsche Stadt. Von Anton Richard Franz. Verlag Grenze und Ausland, Berlin W 30 und Stuttgart. 1935. 84 Seiten. 25 Kunstdruckbilder. Preis kart. 2,70 *RM*. — Prof. Franz bietet in seinem schmalen, geschmackvoll ausgestatteten Bändchen die erste deutsche Monographie über Preßburg, eine Stadt, von der in Deutschland noch allzu wenig bekannt ist, wie reich sie an Werken deutscher Kunst aller Stilperioden ist. Der bauliche Werdegang der Stadt wird anschaulich dargestellt. Die beigefügten Bilder und ein Stadtplan beleben den Text. Man darf diese Schrift, die den Auftakt zu einem großen Werk desselben Verfassers über Preßburg darstellt, dankbar begrüßen. Es wäre nützlich, wenn in ähnlicher Weise von sachkundiger Seite auch die deutsche Leistung in der baulichen und künstlerischen Entwicklung anderer Städte des Ostens untersucht und leicht verständlich dargestellt würde. **Dr. K.**

Die Reinerbachmühle. Eine Erzählung aus Siebenbürgen. Von Heinrich Zillich. Verlag von Philipp Reclam jun., Leipzig, Nr. 7304. 69 Seiten. — Der bekannte siebenbürgische Dichter erzählt hier von dem Leben des Letzten aus einem alten deutschen Geschlecht, das seiner Heimatstadt viele bewährte Männer, Stadtrichter, Bürgermeister und Aerzte, geschenkt hat. Auf dem alten Landbesitz, den der Letzte dieses Geschlechtes nicht mehr zu bewirtschaften vermag, setzt sich ein junges deutsches Bauernpaar fest. Der einzelne stirbt, die Sippen sterben, das Volk aber bleibt. Für diese immer wieder durchbrechende Kraft deutschen Kolonistentums im Osten ist die Erzählung ein Gleichnis. — Im Anhang berichtet Heinrich Zillich über sein Leben.

Die getreuen Füße. Zwei Erzählungen von Willibald Köhler. Paul Kupfer Verlag, Breslau, 1936. 58 Seiten. Preis kartoniert 0,80 *RM*. — Zwei nachdenkliche Geschichten. Die eine handelt von einem Schneider, der aus den Phantastereien eines Stubenhockers wieder auf die Füße zurückfindet; die andere von einem Jungen, dem die starre Strenge des Vaters verwehrt, der Mutter eine Freude zu bereiten.

Kalender für 1936. Zu den Kalendern des Deutschtums in Polen (siehe „Ostland", Nr. 1) zählt noch der „Wolhynische Volkskalender" (herausgegeben von den Pastoren Wolhyniens. Verlag „Atlas" Buchhandlung in Luck, Sienkiewicza 13). Den völkischen und kirchlichen Bedürfnissen des wolhynischen deutschen Bauerntums angepaßt, hat er auch den Außenstehenden manches zu sagen. Er enthält eine ganze Reihe interessanter Beiträge über die Entwicklung der wolhynischen Deutschen und gibt einen aufschlußreichen Ueberblick über deren völkisches, wirtschaftliches und geistiges Leben. — Im 3. Jahrgang ist der Abreißkalender „Deutsche in aller Welt" erschienen. Eine große Anzahl hervorragender Bilder berichten aus dem Leben und von der Leistung der deutschen Volksgruppen in allen Teilen der Welt. Auch die neue Ausgabe dieses vom VDA und dem DAJ herausgegebenen und von Friedrich Koepp bearbeiteten Kalenders ist als wirksames Mittel zur Vertiefung der Verbundenheit zwischen den Deutschen innerhalb und außerhalb der Grenzen des Reiches zu begrüßen. — Im 10. Jahrgang ist der „Deutsche Reichsbahn-Kalender" vom Pressedienst der Deutschen Reichsbahn herausgegeben worden. (160 Blätter auf Kunstdruckpapier, Konkordia-Verlag, Leipzig. Preis 3,20 *RM*.) Was die Reichsbahn jedem einzelnen Deutschen ist, wie sie sich technisch entwickelt, was sie an landschaftlichen Schönheiten erschließt, was sie wirtschaftlich bedeutet, wie sie sich in den Dienst der nationalsozialistischen Bewegung und ihres Aufbauwerkes stellt usw., wird auf den 160 Bildtafeln an bezeichnenden Beispielen gezeigt.

*

Hasko. Ein Wassergeusenroman. Von Martin Luserke. Ludwig Voggenreiter Verlag, Potsdam 1935. 429 Seiten mit einigen Karten und Skizzen. Preis kartoniert 4,80 *RM*, Ganzleinen 6,00 *RM*. — Der Roman spielt in der Zeit des niederländischen Freiheitskampfes gegen die spanische Herrschaft. Während der Oranier zu Lande immer wieder der überlegenen Stärke und Verschlagenheit Albas erliegt, machen die Wassergeusen im Dienste dieses deutsch-protestantischen Fürsten den Spaniern mit Erfolg die Seeherrschaft streitig. Das rauhe und gefahrvolle Leben der Geusen bildet den farbigen Untergrund der Erzählung von Hasko, dem heimatlosen deutschen Jungen, der zu einem der berühmten Geusenkapitäne aufsteigt und sich vergebens bemüht, die protestantischen Fürsten und Städte von Emden bis Riga für den Kampf gegen die spanisch-katholische Tyrannei zu gewinnen, um Holland dem Reich zu erhalten. Hart und bestimmt wie Haskos Gestalt sind auch die anderen geschildert, die diesen als Freund oder Feind auf seinem Wege begleiten. Sicher und lebensnah wie die Gestaltung der Menschen ist auch die Schilderung der Natur, der gefährlichen Bundesgenossin der Geusen. Ein tragischer Abschnitt der deutschen Geschichte wird in dem Buch Martin Luserkes lebendig: Vom Reiche verlassen, entfernt sich Holland im Krieg gegen Spanien langsam vom Reich. **Dr. K.**